

Dokumentation der Arbeitstagung

"Mehrgenerationenhäuser und soziale Infrastruktur" – Abstimmung von Angeboten und Vernetzung der Akteure auf kommunaler Ebene

am 14. Juni 2012 in Nürnberg

Veranstalter:

Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag,
Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern,
Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement in Bayern
zusammen mit der
Serviceagentur des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser

Gliederung:

1. Einladung, Programm, Teilnahmeliste
2. Grußworte
 - Reiner Pröll, Sozialreferent der Stadt Nürnberg
 - Robert Scheller, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
3. Thesen und Protokolle der Diskussion an den Thementischen
 - Integration und Bildung
 - Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Alter und Pflege
 - Bürgerschaftliches Engagement
4. Protokoll der Plenumsdiskussion (Fishbowl)
5. Protokoll der Abschlussrunde (Panel)



München, 15. März 2012

Einladung zur Tagung:

**„Mehrgenerationenhäuser und soziale Infrastruktur –
Abstimmung von Angeboten und Vernetzung der Akteure auf kommunaler Ebene“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundesaktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser läuft Ende 2014 aus. Wir wollen die 2012 begonnene zweite und letzte Förderphase zum Anlass nehmen, um den Nutzen der Mehrgenerationenhäuser auf kommunaler Ebene und ihr Zusammenwirken mit den anderen Akteuren der Sozial-, Familien-, Jugend-, Senioren-, Bildungs- und Integrationspolitik vor Ort zu beleuchten.

Wir, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Landkreistag, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern, das Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement in Bayern und die Serviceagentur des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser laden Sie als politisch Verantwortliche vor Ort deshalb gemeinsam zu einer Arbeitstagung ein:

**14. Juni 2012, 10.00 – 16.00 Uhr
in Nürnberg, Rathaus, Kleiner Rathaussaal, Zimmer-Nr. 45
Eingang: Rathausplatz 2**

Die generationenübergreifende Arbeit der Mehrgenerationenhäuser stellt einen Lösungsansatz für demografische Herausforderungen vor Ort dar. Sie ermöglicht durch ihre vielfältigen Angebote für vier Generationen Unterstützung und Entlastung in Verbindung mit der Aktivierung von generationenübergreifendem freiwilligen Engagement. Die Mehrgenerationenhäuser können ein Partner im Zusammenwirken der lokalen Akteure sein. Wir wollen der Frage nachgehen, inwieweit die Mehrgenerationenhäuser diesen Anspruch erfüllen.



Die Arbeitstagung soll exemplarisch an den zentralen Themen

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Integration und Bildung
- Alter und Pflege und
- Bürgerschaftliches Engagement

darstellen, wie diese Abstimmung von Angeboten und der Ausbau der Kooperation praktisch umsetzbar ist. Die Einzelheiten zum Tagesablauf und zur Anreise entnehmen Sie bitte beigefügten Unterlagen (**Anlagen 1 und 2**).

Die Veranstaltung richtet sich an Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, berufsmäßige Stadträte und Abteilungsleiter der Landratsämter, ehrenamtliche Stadtrats- und Kreistagsmitglieder mit Referentenfunktion für den Bereich Bürgerschaftliches Engagement, Alten-, Jugend- und Familienhilfe, Bildung und Integration. Um Anmeldung mit beigefügtem Rückantwortformular (**Anlage 3**) wird bis

30. April 2012

gebeten. Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt, die Teilnehmerzahl ist auf 80 begrenzt. Wir danken der Stadt Nürnberg für ihre Unterstützung dieser Veranstaltung.

Die Teilnahme ist unentgeltlich. Lediglich die Kosten für das Mittagessen sind selbst zu tragen.

Anlagen



Mehr
Generationen
Haus



BAYERISCHER
LANDKREISTAG



BAYERISCHER STÄDTETAG



BAYERISCHER
GEMEINDETAG

LAGFW

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern



LBE

LANDESNETZWERK
BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT BAYERN

Tagungsprogramm

Tagesmoderation: Annemarie Gerzer-Sass, Serviceagentur Mehrgenerationenhäuser

10.00 **Eintreffen und Kaffee**

10.30 **Begrüßung**

Reiner Pröiß, Sozialreferent der Stadt Nürnberg

10.40 **Begrüßung für alle Veranstalter**

Robert Scheller, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAGÖFW)

10.50 **Grußwort des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ)**

Gudrun Scheithauer, Leiterin des Referats Mehrgenerationenhäuser im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

11.00 **Thementische**

Bei jedem der vier Thementische sind zwei Durchläufe von ca. 50 Minuten geplant. Alle Tagungsteilnehmer/innen können zwei Thementische nacheinander besuchen.

1. Integration und Bildung (Raum 205)

Karl Willi Beck, Erster Bürgermeister der Stadt Wunsiedel
Gerhard Siegler, Erster Bürgermeister des Marktes Weidenbach
Ute Linck, Bayerisches Rotes Kreuz, Team Migration/Integration
Marion Bradl, AG der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayern
Wolfgang Neumüller, Mehrgenerationenhaus Nürnberg-Schweinau
Gudrun Greger, Mehrgenerationenhaus Haßfurt

Moderation: Antje Krüger, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Referentin Familie und Frauen

2. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Raum 46)

Gerold Strobel, Erster Bürgermeister der Stadt Bad Rodach
Elisabeth Reichert, berufsmäßige Stadträtin, Stadt Fürth
Elisabeth Minzl, Verband Katholischer Kindertageseinrichtungen Bayern
Susanne Veit, Landesverband der Mütter- und Familienzentren Bayern
Kerstin Wenzl, Mehrgenerationenhaus Fürth
Heike Syma, Mehrgenerationenhaus Wunsiedel

Moderation: Annemarie Gerzer-Sass, Serviceagentur Mehrgenerationenhäuser

3. Alter und Pflege (Raum 36)

Willy Lehmeier, Erster Bürgermeister der Stadt Wertingen
Norbert Tessmer, Bürgermeister der Stadt Coburg
Johannes Bischof, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Referent Altenhilfe
Michael Reich, Landesseniorenvertretung Bayern
Peter Ferstl, Mehrgenerationenhaus Ingolstadt
Margarita Däubler; Anke Wilk, Mehrgenerationenhaus Landsberg am Lech

Moderation: Ruth Burchard, Serviceagentur Mehrgenerationenhäuser

4. Bürgerschaftliches Engagement (Raum 203a)

Linda Plappert-Metz, Erste Bürgermeisterin der Stadt Arnstein
Carsten Hillgruber, Sozialreferent der Stadt Bayreuth
Monika Nitsche, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Referentin Bürgersch. Engagement
Wolfgang Krell, Landes-AG der Freiwilligen-Agenturen/Freiwilligen-Zentren in Bayern
Sabine Nölke-Schaufler, MehrgenerationenTreffpunkte Augsburg
Franz Josef Sauer, Mehrgenerationenhaus Binsfeld

Moderation: Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

13.00 Mittagspause (Essen in der Kantine)

14.00 Fishbowl: „Was gibt es zu tun?!“

Aufgaben der Akteure in den verschiedenen Sozialräumen. Diskussion mit wechselnden Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Moderation: Wolfgang Fänderl, Vernetzungsberater

15.30 Abschlussrunde mit Vertretern der Ministerien, der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und der Veranstalter

Zusammenspiel der Infrastrukturangebote auf regionaler Ebene

Gudrun Scheithauer, BMFSFJ
Dr. Maren Poeck, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung
Reiner Pröll, Bayerischer Städtetag
Dr. Klaus Schulenburg, Bayerischer Landkreistag
Gerhard Dix, Bayerischer Gemeindetag
Wilfried Mück, Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Dr. Thomas Röbbke, LBE

Moderation: Annemarie Gerzer-Sass

16.00 Verabschiedung



Mehr
Generationen
Haus



BAYERISCHER
LANDKREISTAG



BAYERISCHER STÄDTETAG



BAYERISCHER
GEMEINDETAG

LAGFW

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern



LANDESNETZWERK
BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT BAYERN

Beck, Bgm. Karl-Willi, Stadt Wunsiedel
Bischof, Johannes, Paritätischer, Landesverband Bayern, Referent Altenhilfe, München
Bogenreuther, Sylvia, SonnenZeit - Freiwilligenagentur Ansbach
Böhmer, Maria, Bayerische Architektenkammer, Nürnberg
Bradl, Marion, AGABY, Partizipation und Empowerment, Nürnberg
Bress, Renate, Mehrgenerationenhaus Vaterstetten, Vaterstetten/Ebersberg
Bucka, Dorothee, FA Altmühlfranken, Koordinierungszentrum Bürgersch. Engagement, Pleinfeld
Burchard, Ruth, Seviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, München
Däubler, Margarita, Mehrgenerationenhaus Landsberg/Lech
Distler, Lisa, Agentur Auf-/Ausbau niedrigschwellige Betreuungsangebote, Nürnberg
Dix, Gerhard, Bayerischer Gemeindetag, Referatsleiter, München
Eder, Anna, Oberbürgermeisterin Stadt Deggendorf
Elsässer, Werner, Bürgermeister Stadt Aschaffenburg
Erhard, Ilse, Stadträtin, Sozialref., Mehrgenerationenhaus "Die Gute Stube", Bad Wörishofen
Erndt, Cornelia, Mütterzentrum Fürth
Fänderl, Wolfgang, Vernetzungsberatung, München
Ferstl, Peter, Bürgerhaus Stadt Ingolstadt, Diözesanreferent Caritas, Ingolstadt
Fiederling, Bgm. Hans, Gemeinde Waldbrunn
Forster, Julius, Bayerischer Städtetag, München
Friedrich, Achim, Mehrgenerationenhaus Königsbrunn
Geruschke, Simone, Mehrgenerationenhaus Haßfurt - BRK KV Haßberge
Gerzer-Sass, Annemarie, Serviceagentur Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, München
Glungler, Christine, Stadträtin Stadt Wertingen
Greger, Gudrun, Mehrgenerationenhaus Haßfurt, BRK Kreisverband Haßberge
Greif, Ralf, Sozialplanung, Landratsamt Bad Tölz
Grillmeier, Bgm. Roland, Stadt Mitterteich
Heil, Christiane, Mehrgenerationenhaus Erlangen
Hill, Jolana, Erlanger Bündnis für Familien, Stadt Erlangen
Hillgruber, Carsten, Sozialreferent, Stadt Bayreuth
Kastner, Anneliese, Marktgemeinderätin, Seniorenbeauftragte, Mainleus
Kölbl, Bgm. Michael, Stadt Wasserburg a.Inn
Kränzlein, Bgm. Dr. Herbert, Gemeinde Puchheim
Krell, Wolfgang, lagfa bayern, Augsburg
Krüger, Antje, Paritätischer Landesverband Bayern, Referentin Frauen/Familie, München
Kugler, Hilde, Treffpunkt e.V., Paritätischer, Nürnberg
Langer, Irene, Jugend- und Familienreferentin, Wasserburg a. Inn

Lehmeier, Bgm. Willy, Stadt Wertingen
Lehrl, Simone, Stadt Augsburg
Leibfarth, Evelyn, Gemeinde Vaterstetten
Linck, Ute, BRK Landesgeschäftsstelle, Teamleitung Migration & Integration, München
Lippert, Herbert, Ordnungsamt / Mehrgenerationenhaus Regenstadt
Löwe, Birgit, Vorstand Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg
Maier, Barbara, Mehrgenerationenhaus Regenstau
Minzl, Elisabeth, Verband katholischer Kindertageseinrichtungen Bayern e.V., München
Müller, Inge-Ruth, Seniorenbeauftragte der VGem Stadt Ichenhausen
Müller, Victoria, AGABY / Partizipation und Empowerment, Nürnberg
Neumüller, Wolfgang, Mehrgenerationenhaus Schweinau, Zentrum Aktiver Bürger, Nürnberg
Nießlein, Holger, Stadt Ansbach
Nitsche, Monika, Paritätischer, Landesverband Bayern, Ref. Bürgersch. Engagement, München
Nölke-Schaufler, Sabine, Bündnis für Augsburg, Stadt Augsburg
Nunier, Hartmut, Vorsitzender des Seniorenbeirates Baiersdorf
Papiernik, Mareen, Landratsamt Coburg
Plappert-Metz, Bgm. Linda, Stadt Arnstein
Poeck, Dr. Maren, Bayer. Staatsminist. für Arbeit u. Sozialordnung, Familie u. Frauen, München
Pröiß, Reiner, Referent für Jugend, Familie und Soziales, Stadt Nürnberg
Reich, Michael, LSVB e. V., Gössenheim Main-Spessart
Reichert, Elisabeth, Stadträtin Stadt Fürth
Reß, Ottokar, Markt Mainleus
Riederle, Stefan, Referent f. Senioren, Familienbeauftragter, Stadt Ichenhausen
Riermeier, Alfred, Integrationsbeirat, Koordinierungsstelle Bürgersch. Engagement, Kaufbeuren
Ritter, Birgit, Stadt Augsburg
Röbke, Dr. Thomas, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Nürnberg
Rückert, Wolfgang, Mehrgenerationenhaus Dorflinde Langenfeld
Rupp, Birgitt, Mehrgenerationenhaus-Bürgerhaus, Neumarkt i.d.OPf.
Sauer, Franz Josef, Mehrgenerationenhaus Binsfeld, Binsfeld/Arnstein
Scheithauer, Gudrun, Referat 316 - Mehrgenerationenhäuser, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend, Berlin
Scheller, Robert, LAG der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern, München
Schulenburg, Dr. Klaus, Bayerischer Landkreistag, München
Siegler, Bgm. Gerhard, Markt Weidenbach
Steinhauser, Barbara, Kontaktstelle Bürgerengagement und Seniorenarbeit, Stadt Schwabach
Strobel, Bgm. Gerold, Stadt Bad Rodach

Syma, Heike, Mehrgenerationenhaus Wunsiedel
Tessmer, Bgm. Norbert, Stadt Coburg
Thieler, Kerstin, Ganztags- und Mittagsbetreuung BRK KV Haßberge, Haßfurt
Veit, Susanne, Landesverband Mütter- und Familienzentren Bayern e.V., München
Wagner, Ingrid, Mehrgenerationenhaus Mainleus, Kulmbach
Weinkamm, Max, Sozialreferent, Stadt Augsburg
Wenzl, Kerstin, Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Fürth e.V.
Wicht, Sina, Landratsamt Bamberg
Wilk, Anke, Mehrgenerationenhaus Landsberg/Lech
Zeilinger, Renate, eaf bayern Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg

Grußwort Reiner Prölb

Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg¹

Soziale Infrastruktur, Mehrgenerationenhäuser und Bürgerschaftliches Engagement

Der folgende Text ist aus zwei Grußworten zusammengeführt, die Reiner Prölb bei zwei Tagungen im Nürnberger Rathaus im Sommer 2012 gehalten hat: Bei der Arbeitstagung „Mehrgenerationenhäuser und soziale Infrastruktur – Abstimmung von Angeboten und Vernetzung der Akteure auf kommunaler Ebene“ am 14. Juni 2012 sowie beim „Ehrenamtskongress“ am 6. Juli 2012.

Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden. Der Tagungsort Nürnberg ist eine Großstadt, die die Auswirkungen des demografischen Wandels bereits jetzt spürt. Zunächst ein Blick auf Daten und Fakten.

Eine Auswirkung des demografischen Wandels ist z.B. die „Versingelung“: Der Sozialbericht für die Bundesrepublik zeigt zwischen 1999 und 2009 einen starken Anstieg bei den Alleinstehenden (+ 18 %) und den Alleinerziehenden (+ 15 %). Das heißt, dass in Deutschland jede 5. Person alleinstehend ist. Nach dem Bericht zur sozialen Lage in Bayern von 2011 hat die Zahl der Einpersonenhaushalte von 2000 bis 2009 von allen Haushaltsformen am stärksten zugenommen (ein Plus von 22,9 %; zum Vergleich liegt die Zunahme der Privathaushalte insgesamt bei 9,6 %). Damit ist seit 2009 der Einpersonenhaushalt der am meisten verbreitete Haushaltstyp in Bayern. In Nürnberg gibt es davon rund 128.000, das sind knapp 50% aller Haushalte!

Seit 2000 nahm die Zahl der Alleinerziehenden mit einem Kind um 38 %, mit zwei Kindern um 23,1 % zu. In Nürnberg bedeutet dies, dass es knapp 12.000 Alleinerziehenden-Haushalte mit ca. 16.000 Kindern gibt. Auch deshalb ist die Aussage richtig: „In den Städten ist Familie heute die Lebensform der Armen.“ (Bertelsmann-Stiftung 2008: Demographie konkret – soziale Segregation in deutschen Großstädten)

Eine weitere wichtige Entwicklung ist die steigende Zahl von sog. „Working Mums“. Der Sozialbericht von 2011 zeigt einen ungebrochenen Trend der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen in Deutschland; gleichzeitig gibt es immer weniger Frauen, die sich für längere Zeit oder dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Der Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011 belegt, dass der Freistaat mit 67,9 % an der Spitze der Erwerbstätigenquoten von Frauen liegt. In Nürnberg gibt es über 120.000 berufstätige Frauen, das sind über 45% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten!

Beim demografischen Wandel denken wir natürlich primär an die älter werdende Gesellschaft. Nach dem Bericht zur sozialen Lage in Bayern von 2011 ist für Bayern bis etwa 2020 eine steigende Bevölkerungszahl zu erwarten, danach sinkt die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2029 gegenüber heute um 12 %, die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen auf 5,5 % unterhalb des Niveaus von 2010. Es steigt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren kontinuierlich um knapp ein Drittel im Vergleich zu 2010 (der Altersgruppe über 75 sogar um rund 41 %). In Nürnberg sind heute rund 27% der Bewohner älter als 60 Jahre (2010), diese Zahl wird sich von 132.000 Menschen auf rund 145.000 im Jahr 2025 erhöhen. Nürnberg bleibt bis dahin relativ jung, vor allem auch, weil es nicht an Bevölkerung abnehmen wird, was in anderen Landesteilen zu befürchten ist. Die Geburtenrate ist seit Jahren konstant, auch der Rückkehr von Familien aus dem Umland geschuldet.

¹ Reiner Prölb ist berufsmäßiger Stadtrat und Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg (seit 2005), Vorsitzender des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetages

Zusammenfassend bedeutet dies, dass viel Unterstützung für Familie und für eine gelingende „Kultur des Aufwachsens“ schon deshalb wegbricht, weil sich traditionelle Familienstrukturen stark verändern werden. „Älter, bunter, weniger“ heißt ein Schlagwort, das aber nicht erwähnt, dass sich auch die Frauenrollen weiter stark verändern werden.

Dies ist zum Einen sicherlich auch auf die Frauenbewegung zurückzuführen, in viel stärkerem Maße jedoch auf den Wandel der Arbeitswelt, der an Männer und Frauen höhere Erwartungen bezüglich Mobilität und Flexibilität stellt und oftmals keine Löhne mehr garantiert, die es einem der beiden Partner erlaubten zu Hause zu bleiben.

Wie reagieren wir darauf?

Nach unserer (Nürnberger) Auffassung brauchen wir neue „Governance“-Modelle in der Sozialpolitik. Ich kann nicht auf alle einzelnen Themen eingehen, die in unserem „Orientierungsrahmen für eine **nachhaltigen Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik**“ enthalten sind. Hier nur einige Stichworte, die gerade **im Kontext der Mehrgenerationenhäuser** relevant sind:

1) Konsequente Sozialraumorientierung: Soziale Politik muss da ankommen, wo die Menschen leben. Für uns heißt das vor allem: In Stadträume gehen, wo die Bedarfe am größten sind. Dafür steht unser Modell der „Stadtteilkoordination“ in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.

2) Konsequente Familienorientierung: Familien stärken und Erziehung unterstützen hat unter unseren Leitlinien nicht zufällig die Nr. 1. Unter Berücksichtigung der Vielfalt der Familienformen ist alles richtig und wichtig, was Familien unterstützt. Dafür steht in Nürnberg vor allem auch das „Bündnis für Familie“, das der Vorläufer für viele Hunderte solcher Bündnisse in ganz Deutschland war.

3) Förderung des bürgerschaftlichen Engagements: Bund, Land und Kommune sind zentrale Träger der positiven Gestaltung des sozialen Wandels. Sie arbeiten wiederum in Deutschland traditionell stark und in aller Regel sehr positiv mit den Wohlfahrtsverbänden zusammen. In diesen und weit darüber hinaus ist das bürgerschaftliche Engagement als zivilgesellschaftliche Ressource – in Hinblick nicht nur auf Bürgerzeit und Bürgerwissen, auch auf „Bürgergeld“ im Sinne von Spenden und Stiftungen – wieder entdeckt worden. Dies wird auch bei uns konsequent weiter entwickelt, im Sinne einer Governance-Strategie, die den Einzelnen fördert und fordert und die die Beiträge von Staat, Bürgergesellschaft und Wirtschaft zusammenbringt.

Alle diese Themen haben im Sinne von „Good Governance“ ziemlich viel mit der Arbeit und den Perspektiven der Mehrgenerationenhäuser zu tun: Sie fangen ein Stück weit die heutzutage oft fehlenden familiären Strukturen auf, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Zeitbudgets zusammen bringen, denn sie haben das Ziel, Potenziale zu aktivieren und haushaltsnahe Dienstleistungen anzubieten. Mehrgenerationenhäuser koordinieren ein Stadtteilnetzwerk, indem sie verschiedene Akteure im Stadtteil an einen Tisch bringen. Sie können so z.B. Kinderbetreuung, Hilfen im Haushalt und vieles andere schnell, unbürokratisch, kostengünstig und auf der persönlichen Ebene organisieren, weil sie auf die Bedarfe der Stadtteilbewohner schnell und unbürokratisch reagieren.

Seit einigen Monaten ist bekannt, welche Mehrgenerationenhäuser in Bayern in das Förderprogramm II aufgenommen wurden und auch das Nürnberger Haus ist - wie 84 weitere Häuser in Bayern - wieder mit von der Partie. Vom ersten Förderprogramm hatte Bayern mit 91 Einrichtungen am meisten profitiert; in über 13.500 Angeboten gab es die verschiedensten Dienste, die in und von den bayerischen Mehrgenerationenhäusern erbracht wurden. Besonders stark vertreten waren Angebote der Familien- und Seniorenarbeit und die Häuser als Stadtteiltreffpunkte. Mit diesem Angebot zeichnen

sich die bayerischen Einrichtungen als starke Partner kommunaler Sozialpolitik aus – und damit als Partner guter und innovativer „Governance“-Modelle auf kommunaler Ebene, wobei ihre Rolle in einer großen Großstadt wie Nürnberg mit mehr als 500.000 Einwohnern und einer Vielzahl professionalisierter Einrichtungen natürlich anders akzentuiert ist als in einer kleinen Gemeinde.

So sehr ich mich auch freue, dass unsere Einrichtung fortbestehen wird, so sehr ärgert mich auch das Procedere. Das Förderprogramm II ist ein typisches Beispiel für die Herangehensweise der Bundesregierung an Modellprojekte. Zunächst werden sie – in einem ohne Zweifel wichtigen Themenbereich – ohne große Rückkoppelung mit Ländern und Kommunen aufgelegt. Dann werden sie zunächst mit vielen bunten Hochglanzbroschüren vermarktet; nach zwei Jahren läuft die Anschubfinanzierung aus und die Träger stehen erst einmal im Regen, weil sich keine tragfähige Weiterfinanzierung fand. In Bayern hatten sich die Träger der 91 Mehrgenerationenhäuser zusammengeschlossen, um gegen das Ende des ersten Förderprogramms zu protestieren und sich beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen für eine Fortführung der Förderung einzusetzen.

Das Förderprogramm II schreibt nun zwingend eine finanzielle und inhaltliche Beteiligung der Kommunen vor. Natürlich: Mehrgenerationenhäuser tragen zur Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft bei und schon allein deshalb ist es nicht abwegig die Kommune zu beteiligen. Bereits in der ersten Förderphase standen 20 der 91 bayerischen in der Trägerschaft ihrer jeweiligen Gemeinde. Allerdings ist es keine neue Erkenntnis, dass viele Kommunen in Deutschland kaum noch einen funktionierenden Haushalt auf die Beine stellen können. Auch in unseren letzten Haushaltsberatungen stellte unser Stadtkämmerer Harald Riedel fest, dass „das Geld in der Vergangenheit immer zu knapp war für all die Projekte, die wünschenswert gewesen sind.“ Und das werde auch künftig so bleiben. Nürnberg ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt glücklicherweise keine Kommune, die mit Nothaushalten regieren muss, dennoch brauchen wir für die Kofinanzierung unseres Hauses viele Partner.

Beim Ausblick in die Zukunft zeigt sich, dass sich die Mehrgenerationenhäuser mit den Themen Alter und Pflege, Integration und Bildung, bürgerschaftliches Engagement und Vereinbarkeit von Familie und Beruf als inhaltlichen Schwerpunkte der zweiten Förderphase beschäftigen und damit wichtige Zukunftsthemen aufgreifen. Zentral dabei ist die Frage, wie die Angebote abgestimmt und die Akteure auf lokaler Ebene vernetzt werden können.

Mit den Mehrgenerationenhäusern sind die allgemeinen Themen des Bürgerschaftlichen Engagements und seiner Förderung eng verbunden.

Die Mobilisierung von „Bürgerzeit, Bürgerwissen und Bürgergeld“ (unsere sogenannten „3 B's“) ist ein wichtiges Anliegen kommunaler (Sozial-)Politik. Gleichzeitig wollen wir als Stadt und als Stadtverwaltung ein guter, konstruktiver, engagierter Partner für das Ehrenamt in der Stadt sein, ganz im Sinne von „Good Governance“.

In Nürnberg sind wir auch hier optimistisch: Wir wissen (nach Repräsentativumfragen), dass es über 90.000 Ehrenamtliche in der Stadt gibt, dass sich aber noch einmal doppelt so viele ein Engagement vorstellen können (180.000 weitere potentielle Ehrenamtliche). Und wir spüren auch, dass wir in der Zusammenarbeit mit Spendern, Stiftungen und Unternehmen Rückenwind für soziale Anliegen im Allgemeinen und das Bürgerschaftliche Engagement im Besonderen haben.

Wir haben es aber auch mit vielen prekären Finanzierungen für Projekte der Engagementförderung zu tun. Modellprojekt hier, temporäre Finanzierung da, Haushaltskürzungen dort... Manches davon ist dem

Feld des bürgerschaftlichen Engagements im Sinne eines Innovations-Scouts sicher angemessen, meistens aber fehlt es einfach an der Verlässlichkeit, die gerade für die Betreuung und Koordination von Ehrenamtlichen so wichtig ist. Wir wünschen uns für die gelingenden Projekte der Engagementförderung aus dem vermeintlich „experimentellen“ Stadium herauszukommen und sinnvolle und nachhaltige Strukturen aufbauen zu können. Ich kann nicht behaupten, dass das in Nürnberg umfassend gelänge – dafür sind die kommunalen Mittel zu knapp – aber wir konnten in den letzten Jahren einige Schritte voran gehen, ohne dass Rückschritte völlig vermeidbar waren.

Bei der Engagementförderung wie bei den Mehrgenerationenhäusern wünschen wir uns, dass der Freistaat Bayern, der mit Recht stolz auf seine hohe Engagementquoten sein durfte, in der Fläche und für die Infrastruktur seine Anstrengungen erhöht. Der letzte Freiwilligensurvey von 2009 ist für Bayern nicht wirklich gut ausgefallen und in der Engagementförderung der Länder sind viele Bundesländer an uns vorbeigezogen. Wir hoffen, dass das Land, seine heutigen und künftigen Entscheidungsträger, die Chance noch deutlicher erkennt, die mit guter Engagementförderung für die Gesellschaft verbunden ist.

Das bayerische Förderprogramm für die Koordinierungszentren ist ein guter Ansatz, aber es muss ausgebaut, vertieft und verstetigt werden. Auch ist die Frage zu stellen, ob allein die Förderung der Landkreise durch solche Koordinierungszentren, die erfreulicherweise jetzt auch (u.a. zugunsten Nürnbergs) aufgebrochen wurde, der richtige Ansatz ist: Der ländliche Raum und die kleinen Kommunen haben die höchsten Engagementquoten, in sogar weiter steigendem Umfang. Größere Kommunen mit vielfältigen sozialen Problemen haben dagegen die niedrigeren Quoten. Die bayerische Ehrenamtskarte und der Ehrenamtsnachweis, in die die bayerische Staatsregierung so viel Einsatz und Öffentlichkeitsarbeit gesteckt haben, sind auf der städtisch-kommunalen Ebene – bei aller Betonung der Wichtigkeit der Anerkennungskultur – nicht das größte Thema; die Bedingungen der Einführung gerade für die großen Kommunen wie München, Nürnberg und Augsburg eher schlecht.

Konkret könnte das für die Landespolitik heißen: Mehr Netzwerkunterstützung (der Ehrenamtskongress war ein gutes Beispiel dafür, wie hoch der Bedarf an Austausch und Fortbildung ist), mehr Fortbildungsangebote, mehr Mittel aus Landesstiftungen (Baden-Württemberg und Hessen gehen derzeit voran), mehr Austausch zwischen den verschiedenen Formen und Trägern des Ehrenamts, mehr konkrete Förderungsprogramme für einzelne Themen und einzelne Strukturen des Engagements, mehr Verankerung in Ausbildung und Hochschule, ein massives Programm des „Service Learning“ (Lernen durch Handeln für die Gemeinschaft) für die Schülerinnen und Schüler aller Schularten und vieles andere mehr.

Und als Nürnberger Vertreter und als Vertreter des Bayerischen Städtetags formuliere ich: Natürlich mehr verlässliche Unterstützung für die „Arbeit vor Ort“, in den Kommunen, in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Fast alles Engagement findet konkret und vor Ort statt – wenn es dem Ehrenamt in Bayern gut gehen soll, dann muss es „an der Basis“ stimmen.

Wir brauchen staatliches Vertrauen (egal ob Bund, Land oder Kommune) in die Akteure der Zivilgesellschaft vor Ort. Wir brauchen Modelle der Zusammenarbeit, bei denen nicht von oben diktiert wird, was „unten“ zu tun ist, sondern wir brauchen Unterstützung für die lokalen Akteure und für die Akteure in der Bürgergesellschaft sowie gute und finanzierte Modelle der Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

In ihrem Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik bekennt sich die Stadt Nürnberg ausdrücklich zu diesen Aufgaben als zentrale Herausforderungen für die Gestaltung einer „solidarischen Stadtgesellschaft“, wie das von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly gesetzte Leitmotiv der Stadtentwicklung heißt.

Grußwort Robert Scheller

Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
in Bayern (LAG ÖF)

Sehr geehrter Herr Kollege Prölß,
sehr geehrte Frau Scheithauer,
sehr geehrte Frau Gerzer-Sass,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen aus den Kommunen und insbesondere aus den
Mitgliedsverbänden der LAG ÖF,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie zu dieser Tagung sehr herzlich im Namen aller Veranstalter, also des Bayer.
Gemeindetags, des Bayer. Landkreistags, des Bayer. Städtetags, der Landesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege und des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, begrüßen.

Es ist mir eine Ehre dies als Vorsitzender der LAG ÖF zu tun, die ja einen Zusammenschluss der
kommunalen Spitzenverbände sowie der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege darstellt. Es
freut mich sehr, dass diese heutige Veranstaltung, bei der es vor allem um die Zukunft der MGH gehen
soll, zustande gekommen ist.

Ich darf einen kurzen Rückblick in die Geschichte der MGH wagen: Es war der 1. Deutsche Familientag
am 16. Mai 2006 auf der Museumsinsel in Berlin, der unter dem Motto: „Jetzt ist Familie drin ...“ stand.
Bei dieser Veranstaltung war das Thema „MGH“ das erste Mal in einer breiteren Öffentlichkeit präsent.
Die Informationen über das Bundesprojekt waren damals noch spärlich und es musste auf die
Broschüre zu den MGH aus Niedersachsen zurückgegriffen werden.

Die Informationslage änderte sich durch die Einrichtung eines Newsletter zum Thema und die
Ausschreibung des Aktionsprogramms MGH im Juni 2006 mit Bewerbungsschluss für die erste
Tranche zum 30. September 2006.

Es ist interessant, wenn man sich in Vorbereitung auf ein solches Grußwort die Akte zum Thema noch
einmal vornimmt und studiert. Es ist interessant, wenn man in den ersten Skizzen, Schreiben oder .ppt
Präsentationen des Referats 202 des Bundesfamilienministeriums liest:

„Länder und Kommunen, Wirtschaft, Verbände, Kirchen und gesellschaftliche Gruppen werden durch
das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in die Planung und Realisierung des
Programms eingebunden. Die Gespräche dazu finden derzeit statt und sorgen für eine enge
Kooperation.“

Die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen schrieb am 02.05.2006 in der Einladung
zum Infotag MGH am 23.05.2006: „Bund, Länder und Kommunen sollten hier an einem Strang ziehen.
Gerade Ihre Erfahrungen, Ihre Anregungen und Ihre Unterstützung sind für die konzeptionelle
Gestaltung unerlässlich.“

Der Freistaat Bayern, das Sozialministerium, Frau Staatsministerin Haderthauer, weist zu Recht darauf
hin, dass das Aktionsprogramm MGH I ohne ausreichende Rückkopplung mit dem Land Bayern ins
Werk gesetzt worden ist.

Gleiches können die bayerischen Kommunen für sich reklamieren. Noch in einem Schreiben des
Referats 202 des Bundesfamilienministeriums (Frau Dr. Elvira Helmer) v. 13.06.2006 wird die
notwendige Stellungnahme der Kommunen erwähnt, bzw. sie schreibt: „Sollte die Stellungnahme der
Kommune negativ ausfallen, wird nicht gefördert.“

Diese „Stellungnahme“ beschränkte sich am Ende aber darauf, dass die Kommune erklären sollte, dass „keine Einwände gegen die Förderung“ im Rahmen des Aktionsprogrammes MGH bestehen.

Meine Damen und Herren, das ist keine Beteiligung und keine Stellungnahme! Das ist lediglich ein „nihil obstat“ wie wir es in Bayern für die Bischofsernennung schon aus dem Konkordat mit dem Hl. Stuhl von 1925 kennen. Das ist keine ernsthafte Einbeziehung der Kommunen, von denen man eine Mitverantwortung und Mitfinanzierung erwartet.

Es sind aus dem Aktionsprogramm 85 MGH in ganz Bayern entstanden. Bei 96 Landkreisen und kreisfreien Städten, die ja Adressaten des Aktionsprogrammes waren, keine ganz schlechte Zahl!

In vielen Kommunen ist die Idee der MGH auf fruchtbaren Boden gefallen und hat generationsübergreifende Strukturen erst geschaffen oder auch ergänzt.

Diese MGH haben die unterschiedlichsten Ausprägungen, da ja auch das Aktionsprogramm mit den Prototypen:

- Kita Plus
- Mütterzentrum Plus
- Familienbildung Plus
- Schule-, Sport-, Kultur Plus
- Seniorentreff Plus
- Bürgertreff Plus

eine große Bandbreite abdeckte.

Und die Träger möchten zu Recht wissen, wie es weitergeht.

Und es gilt trotz aller geschilderten Schwierigkeiten mit dem Programm: Die LAG ÖF pflegt nicht nur die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit ihrer Mitglieder, die ja auch in den MGHs intensiv zusammenarbeiten, sie überwindet auch Interessensgegensätze und bündelt die Kompetenz ihrer Mitglieder.

Deswegen begrüßen wir als LAG ÖF die Verlängerung des Aktionsprogramms seitens des Bundes in einer II. Phase bis 2014. Wir loben ausdrücklich die Initiative des bayerischen Sozialministeriums, frühzeitig auf die LAG ÖF zuzugehen, eine Steuerungsgruppe zu gründen, eine Stiftungsinitiative anzuregen und darauf zu drängen, dass der Bund weiterhin in der finanziellen Verantwortung für die MGH bleibt.

Wir freuen uns, auch wenn nicht alle Kommunen davon profitieren können, dass das Sozialministerium bereit war, in die Beratungen für den Nachtragshaushalt 2012 eine Erstattung des kommunalen Kofinanzierungsanteils für die II. Förderphase einzubringen.

Die LAG unterstützt auch die Bemühungen zu einer Stiftungsinitiative, um für die MGH ein weiteres finanzielles Standbein zu schaffen. Allerdings wissen wir auch, dass damit keine kurzfristigen Erfolge zu erreichen sind.

Zunächst muss aber eine saubere Bestands-, Schwachstellen- und Bedarfsanalyse der MGH gemacht werden.

Es ist unbestritten, dass sehr viele MGH sehr gute und qualitativ hochwertige Angebote machen, die vielerorts die sozialen Strukturen gut ergänzen oder sogar die einzige Struktur darstellen.

Es muss herausgefunden werden, was erhaltenswert und weiterführens-wert ist oder was noch leistbar ist.

Ebenso ehrlich wird man aber auch über das Ende von MGHs reden müssen, wenn Doppelstrukturen vorhanden oder mittlerweile entstanden sind, z. B. an den Schnittstellen zu den Pflegestützpunkten, den Familienstützpunkten, den Dorfgemeinschaftshäusern oder den Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement. Man wird auch über ein Auslaufen reden müssen, wenn der Träger des MGH die finanziellen Leistungen des Aktionsprogrammes lediglich als willkommene Ergänzungsfinanzierung angesehen hat, denn auch das gab es sicherlich.

Wenn man aber dazu kommt, dass ein MGH notwendig und sinnvoll ist, dass es die kommunalen Strukturen sinnvoll ergänzt, dann ist aber auch eine gemeinsame Finanzierungsverantwortung von Bund und Ländern notwendig:

Der Bund muss weiterhin mitfinanzieren, weil er damit angefangen hat und das Aktionsprogramm initiiert hat. Es gilt der alte Grundsatz: Mitgefangen, mitgegangen! Und meine Damen und Herren, um dies gleich vorweg zu nehmen: Das Problem des Verbots von direkten vertikalen Finanzierungsströmen zwischen dem Bund und den Kommunen lässt sich lösen. Dafür gibt es Beispiele.

Der Freistaat Bayern muss weiterhin fördern, weil das Argument „Nicht einbezogen worden zu sein“ für die Kommunen ebenso gilt und selbst der Freistaat von diesen eine Mitfinanzierung erwartet.

Hinzukommt, dass die MGH im Koalitionsvertrag der „Großen Koalition“ aus CDU/CSU und SPD („Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“) vom 11.11. 2005 enthalten sind. Damit hat auch eine, damals allein von der CSU geführte, bayerische Landesregierung weiterhin die Verantwortung, ein von ihr mitgetragenes Aktionsprogramm und daraus resultierende Strukturen weiterhin zu erhalten. Dies kann entweder auf der bayerischen Ebene erfolgen oder durch Einbringen von Vorschlägen und Initiative auf Bundesebene über den Bundesrat.

Lassen Sie uns aber bitte für die Zukunft aus dem Aktionsprogramm MGH auch folgendes lernen:

- 1) Die Länder, die Kommunen und auch die Trägerverbände müssen bei der Konzeption solcher Programme von Anfang an besser eingebunden werden.
- 2) Förderprogramme des Bundes und des Landes müssen besser aufeinander abgestimmt sein. Bei der breiten Ausrichtung des Aktionsprogramms, z. B. auf Konzepte und Schwerpunkte wie „Kita Plus“ gab und gibt es viele Überschneidungen zu anderen Programmen oder Initiativen, wie sie oben bereits genannt waren, auch zum Ausbau der Kleinkindbetreuung.
- 3) Die Kommunen sind es leid, durch die Notwendigkeit zur Kofinanzierung immer neue Finanzierungspäckchen vor die Tür gelegt zu bekommen, die ein anderer abgeschickt hat, die sie nicht bestellt haben, aber bezahlen sollen.

Jede Ministerin kommt, wenn das Schild für eine neue Einrichtung, für ein MGH aufgehängt wird und im Fall des MGH ist das Schild sogar ein sehr schönes!

Keine Ministerin kommt aber, wenn das Schild wieder abgeschraubt wird. Das verbleibt bei den Kommunen und insbesondere bei den Trägern, weil sie die notwendige Komplementärfinanzierung oder Eigenmittel nicht aufbringen können oder wollen. Diese ernten dann auch die Wut, die Verärgerung, das Unverständnis und die Enttäuschung der Bürger.

Das kann und darf nicht sein.

Man sollte also nicht nur bei der Fortführung der Förderung darauf drängen, dass ein nachhaltiges Finanzierungskonzept erstellt wird, bei dem die Kommunen kofinanzieren. Nein, ich finde, dass keine Anschubfinanzierung mehr zugelassen werden sollte, bei der der Anschiebende nicht auch eine finanzielle Mitbeteiligung nach erfolgreicher Erprobung zusagt.

Es wird heutzutage viel über Nachhaltigkeit geredet. Sozialpolitik braucht Verlässlichkeit, dazu sind nachhaltige Ideen und nachhaltige Strukturen notwendig. Diese bedürfen einer nachhaltigen Finanzierung – von Anfang an.

Ich begrüße den Austausch am heutigen Tag, das Suchen nach Lösungen für die Weiterführung der MGH und für deren nachhaltige Zukunft.

In diesem Sinne, Ihnen allen einen guten Tag, gute Informationen und Gespräche und dann hoffentlich auch genug Ideen, wie die MGH weitergeführt werden können -dort wo sie sinnvoll sind!

Robert Scheller
Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der
öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Sozialreferent der Stadt Würzburg

Thesen und Diskussion der Thementische

Zu vier sozialen Arbeitsfeldern, die Schwerpunkte der MGH im Aktionsprogramm II sind, wurden jeweils vier Thesen in Bezug auf die Themenstellung der Veranstaltung im Vorfeld der Veranstaltung als Diskussionsgrundlage für die Thementische von vier Vorbereitungsgruppen erarbeitet und zu Beginn der Diskussion vorgestellt.

Thementisch Integration und Bildung

Vorbereitungsgruppe:

Mehrgenerationenhäuser (MGH):

Wolfgang Neumüller, Mehrgenerationenhaus Schweinau, Nürnberg, SOS Kinderdorf e.V.

Gudrun Greger, Mehrgenerationenhaus Haßfurt, BRK-Kreisverband Haßberge,

Freie Wohlfahrtspflege:

Ute Linck, Bayerisches Rotes Kreuz, Landesgeschäftsstelle, Teamleiterin Migration & Integration

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement:

Marion Bradl, Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrantinnen- und Integrationsbeiräte Bayern, AGABY

Kommunen:

Karl Willi Beck, Erster Bürgermeister Wunsiedel

Gerhard Siegler, Erster Bürgermeister des Marktes Weidenbach

Moderation:

Antje Krüger, Paritätischer Wohlfahrtsverband Bayern, Referentin Frauen und Familie

Die Vorbereitungsgruppe, ihre Positionen, Diskussion und die als Thesen formulierten Ergebnisse bilden somit als "Mikrokosmos" die Zusammensetzung der gesamten Tagung ab.

These 1

Die zentrale zukünftige Herausforderung liegt in der demokratischen und partizipativen Gestaltung einer Gesellschaft, die älter und gleichzeitig ethnisch und kulturell vielfältiger wird.

- Die Gesellschaft wird älter, generationenspezifische Angebote sind auszudifferenzieren, nachholende Integration von MigrantInnen zu verbessern.
- Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund nimmt zu, die Chancen für erfolgreiche Bildungsverläufe bei bildungsfernen Schichten nehmen ab. Die Vermittlung in schulische und berufliche Bildung für Jugendliche und Erwachsene ist zu flexibilisieren und zu verstärken.
- Behörden, Einrichtungen und Institutionen brauchen interkulturelle Öffnung und Handlungskompetenzen, um Vielfalt in der Gesellschaft als Chance zu erkennen und zu nutzen.
- Mehr Menschen mit Migrationshintergrund sind in haupt- und ehrenamtliche Strukturen einzubinden. Dazu sind neue Formate der Freiwilligenarbeit, spezielle Formen des freiwilligen Managements zu entwickeln und eine systematische Kooperation mit Migrantinnenorganisationen aufzubauen.

Schwerpunkte der Diskussion am Thementisch dazu:

Den Aussagen wurde zugestimmt und die Bedeutung und die vorhandenen Ressourcen von Migranten und Migrantinnen im Ehrenamt besonders betont.

These 2

Um diesen Aufgabenstellungen qualitativ angemessen zu begegnen, ist ein breites Spektrum an Leistungen und Angebotstypen notwendig - MGHs sind dabei wichtige Akteure.

- MGHs mit niedrighschwelligem Angeboten als Begegnungsstätte, Begleitung im Lebensalltag und Lotse im Sozialraum, Gestalter und Vermittler ehrenamtlicher Tätigkeit.
- Beratungsstellen mit spezifischem Beratungsangebot .

Schwerpunkte der Diskussion am Thementisch dazu:

Die Funktion der MGH als tatsächlich "zentraler Ort" im Sozialraum und als niedrighschwelliger "Ansprechpartner" für die Menschen für alle Fragen wurde hervorgehoben. Allerdings muss es künftig stärker darum gehen, der zugeschriebenen "Allzuständigkeit" der MGH entgegen zu steuern und deutlicher zu differenzieren, indem das jeweilige Profil des MGH geschärft wird. Das kann z. B. heißen:

- die Lotsenfunktion des MGH in weiterführende fachliche Hilfen anderer Träger deutlicher zu machen
- fachlich professionelle Beratungsangebote stärker in das MGH zu integrieren
- die Aufgaben ehrenamtlicher und hauptamtlicher professioneller Tätigkeit deutlicher voneinander abzugrenzen, aber auch ihre gegenseitige Bedingtheit und Ergänzungschancen zu verdeutlichen: Ehrenamt braucht hauptamtliche Organisation und Steuerung sowie professionelles Management und Hauptamt braucht ehrenamtliche Unterstützung.
- Die Möglichkeiten der MGH, neue Formen des Bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen, stärker herauszustellen und umzusetzen. Ehrenamtliche tragen ihre Bedürfnisse und ihre Ideen an das Hauptamt heran und beide entwickeln die Angebote partnerschaftlich auf "Augenhöhe" und entsprechend der Wünsche und Möglichkeiten an die ehrenamtliche Umsetzung weiter. Nur dieses solidaritätsfördernde Vorgehen regt zum Nachahmen und zur aktiven Bürgerschaft an.

Grundsätzlich ist bei all den Anforderungen zu berücksichtigen, dass die MGH eine hauptberufliche Kapazität von einer 0,5 Stelle haben und zu erkennen, was damit umsetzbar ist.

These 3

Das Spektrum der Angebote im Arbeitsfeld muss lokal von allen Trägern und Kommunen gemeinsam gestaltet werden. Dazu ist erforderlich:

- Transparenz über die Unterschiedlichkeit der Arbeitsgrundlagen/-aufträge herzustellen
- Konkurrenzsituationen offen zu thematisieren
- entsprechende Positionierungen der Kooperationspartner und
- eine Profilierung des jeweiligen Angebotscharakters/der Angebotsstruktur zu ermöglichen

- "Schnittstellen" bei den Angeboten zu identifizieren
- Abstimmung der Leistungen vorzunehmen
- Kooperationen bei Projekten einzugehen

Schwerpunkte der Diskussion am Thementisch dazu:

Auf der Praxisebene orientiert sich die Entwicklung von Angeboten direkt an den Nachfragen und dem Bedarf der Menschen vor Ort. Die Kooperation zwischen den MitarbeiterInnen verschiedenen Einrichtungen wird dazu oft einfach und schnell hergestellt. Schwieriger wird es, wenn übergeordnete Strukturen der Verwaltung, der Politik und manchmal der Träger einbezogen werden müssen und diese kooperieren sollen. Unterschiedliche Zuständigkeiten, mangelnde Transparenz und Verpflichtung zu Information und Zusammenarbeit sowie die wenig ausgeprägte Kultur "über den eigenen Tellerrand" zu schauen, erschweren hier eine systematische und zielbezogene Kooperation. Es zeigt sich immer wieder, dass die Bereitschaft zur Offenheit und Flexibilität auf allen Ebenen, wie auch eine mit Entscheidungskompetenz ausgestattete Steuerung, die durchaus vorhandene Konkurrenzen in Abstimmung bringt, unabdingbar ist.

These 4

Vernetzung und Kooperation im sozialen Raum verlangt Steuerung und Ressourcen.

- Kommunen müssen für und in der Vernetzung ihren politischen und administrativen Gestaltungsauftrag wahrnehmen
- Sie müssen strukturelle und finanzielle Rahmenbedingungen, d.h. Zeitressourcen, Verantwortlichkeiten und professionelle Organisation schaffen (können).

Schwerpunkte der Diskussion am Thementisch dazu

Die Kommunen sehen sich - um eine angemessene Sozialraumplanung zu erreichen - in der Verantwortung entsprechend der genannten Aufgaben. Sie setzen diese auch - in unterschiedlicher Konsequenz - um, sehen aber durchaus auch noch deutlichen Handlungsbedarf.

In der Umsetzung stehen sie u. a. vor dem Problem unterschiedliche "Logiken" der verschiedenen (Modell-) Projekte untereinander wie auch mit den traditionellen Sozialleistungen in Bezug auf deren Aufgabenstellungen und Finanzierungsformen zusammenzubringen. Die Möglichkeit einer flexibleren Handhabung ist wünschenswert.

Grundsätzlich sollten die Kommunen in die Lage versetzt werden, eine Art Sockelfinanzierung für Angebote entsprechend der ermittelten lokalen/regionalen Bedarfe bereitzustellen, unabhängig von immer wieder neuen (Modell-) Projekten. Die durch Modell-Projekte bereitgestellten Mittel könnten dann flexibel auf die entsprechend vorhandene Angebotsstruktur "draufgesetzt" werden bzw. zur Ergänzung genutzt werden, ohne auf genau dieses "Projektdesign" festgelegt zu sein und ein neues "Schild" an eine schon vorhandene Tür hängen zu müssen, das die Bürger nur verwirrt.

Diese regionale Schwerpunktsetzung in der Angebotsstruktur ist auch eine wichtige Voraussetzung um Doppelstrukturen vermeiden zu können.

Thementisch Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Leitung des Thementisches und Protokoll:

- **Annemarie Gerzer-Sass**, Serviceagentur

Vorbereitungsgruppe:

- **Elisabeth Reichert**, Sozialreferentin der Stadt Fürth
- **Kerstin Wenzl**, Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses Fürth
- **Heike Syma**, Koordinatorin des Mehrgenerationenhauses Wunsiedel
- **Elisabeth Minzl**, Verband der katholischen Kindertageseinrichtungen
- **Susanne Veit**, Landesverband der Mütter-und Familienzentren
- **Gerold Strobel**, Bürgermeister der Stadt Bad Rodach

These 1

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss eingebettet werden in die Debatte zum demographischen Wandel.

Jede Kommune, Gemeinde muss sich ein Wissen über die demographischen Herausforderungen vor Ort erwerben und daraus ein demographisches Konzept entwickeln, wie es diese Herausforderungen bewältigen will, bzw. bestimmten Tendenzen entgegenwirken kann. In Kommunen, die ein Wachstum zu verzeichnen haben, müssen die Angebote vielfältig sein, insbesondere im Bereich von Kinderbetreuung und Pflege älterer Menschen. In Kommunen und Gemeinden, die einen Rückgang zu verzeichnen haben, müssen die Angebote so attraktiv sein, dass insbesondere junge Familien durch ein gutes Vereinbarkeitskonzept angeregt werden. In Kommunen, in denen sich vor allem der Altersfaktor niederschlägt, ist die Frage der Vereinbarkeit weniger eine Frage der Entlastung von Familien, die in der Regel nicht mehr da wohnen, sondern eine Frage von niedrigschwelligen Angeboten für die Daseinsvorsorge der verbliebenen älteren Menschen.

These 2

Die Mischung von Angeboten im Bereich der Kinderbetreuung und Pflege müssen vielfältig sein, die Bedarfsdeckung hat aber auch ihre Grenzen.

Die Grundlage für eine gute Versorgung kann nur über die Beteiligung aller in einer Kommune sich befindlichen Akteure stattfinden. Das bedeutet, dass neben den institutionellen Angeboten durch Wohlfahrtsverbände im Bereich der Kinderbetreuung Mehrgenerationenhäuser hier eine wichtige Rolle erhalten. In Ergänzung zu den vorhandenen institutionellen Angeboten die „Lücken“ zu schließen, die sich immer wieder zeigen, bzw. noch zeigen werden. Dies können im Bereich der Kinderbetreuung vor allem aus Sicht von Mehrgenerationenhäusern flexible Betreuungsangebote mit Rand- und Notfallbetreuung usw. sein, im Bereich von Pflege die Vermittlung von Dienstleistungen für die Unterstützung und Entlastung der Pflege zuhause, insbesondere auch durch die Einbeziehung von Freiwillig Engagierten. Dabei ist die Frage zu stellen, wieweit die Flexibilität gehen kann, die von Unternehmen immer mehr gefordert wird und wo die Grenzen der Flexibilität sind. Deshalb müssen auch Unternehmen vor Ort in die Frage des demographischen Wandels und der sich daraus ergebenden Anforderungen für die Vereinbarkeit mit einbezogen werden.

These 3

Alle Akteure in einer Kommune sollen sich mit ihren Angeboten aufeinander abstimmen, doch braucht es dafür ein Instrumentarium.

Es gibt gute Beispiele, wie ein Mehrgenerationenhaus aktiv auf die Kommune zugeht und es zu guten Abstimmungen von Angeboten kommt, so dass für die Kommune ein Mehrwert entsteht, der von anderen Akteuren nicht als Konkurrenz empfunden wird. Notwendig dafür ist aber jenseits von guten Kontakten ein Instrumentarium, das alle Akteure, die im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Angebote machen, zusammen bringt. In der Praxis hat sich in größeren Kommunen das Instrumentarium der Arbeitsgruppen, Stadtteilkonferenzen usw. herausgebildet. Idealerweise braucht es aber für die Ermittlung der Bedarfe aller Generationen eine integrierte Sozialplanung. Das würde die zielgruppenspezifischen Arbeitsgruppen ergänzen, da damit die Bedarfe jenseits einer bestimmten Klientel und Altersgruppe sichtbar werden. Hier können Mehrgenerationenhäuser ein wichtiger neuer Anbieter sein, da sie für mehrere Generationen jetzt schon Angebote machen. Damit kann auch sichtbar werden, was andere Anbieter bisher darin leisten können, was nur in Kooperation geht und was neu verknüpft werden kann.

These 4

Die Anforderungen, die sich oft individuell aus der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergeben, kommen ohne Freiwilligenengagement nicht aus.

Vielfältige Initiativen und Selbsthilfegruppen haben sich auch aus der Situation heraus gegründet, sich wechselseitig Unterstützung und Entlastung zur besseren Vereinbarkeit von Familie insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung zu geben. Dieser Entlastungsansatz ist ohne Freiwilligenengagement nicht umsetzbar. Die Mehrgenerationenhäuser, wie auch Mütterzentren und andere Initiativen schon vorher, haben diesen Ansatz aufgegriffen.

- Großelterndienste sind eine gute Möglichkeit, sowohl eine Beziehung zur älteren Generation aus Sicht der Kinder aufzubauen, die ihre Großeltern nicht in der Nähe haben als auch hierüber individuelle Entlastungen bei der Kinderbetreuung zu erhalten.
- Familienpatenschaften ermöglichen gerade alleinerziehenden arbeitenden Müttern eine breite Unterstützung für das Gelingen ihres Alltags
- Betreuungsunterstützung je nach Bedarf bis hin zur Notbetreuung bei Krankheit.

Es bedarf einer guten Koordinierung und Verzahnung von Selbsthilfeinitiativen, und anderen Angeboten, die auf der Basis von Freiwilligenengagement erbracht werden in Verknüpfung mit professionellen Diensten. Hierfür bringen Mehrgenerationenhäuser schon eine gute Praxis mit.

Zusammenfassung der Diskussion:

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein Nischenthema mehr. Dies zeigten Beispiele, die von Bürgermeistern, Sozialreferenten in die Diskussion mit eingebracht wurden. Dabei wiesen sie auf zwei wesentliche Gesichtspunkte hin, die für sie bei dem Thema leitend sind: Einmal sehen sie darin einen Wettbewerbsvorteil, um junge Familien nicht nur im Ort zu halten, sondern auch für weitere Zuzüge von Familien zu werben (Gemeinde Bad Rodach, Stadt Wunsiedel, Bad Wörishofen). Zum anderen sehen sie darin eine zentrale kommunale Aufgabe, die Lebenssituation von Familien zu unterstützen und zu verbessern (Stadt Fürth, Neustadt). Die in den jeweiligen Gemeinden/Kommunen agierenden Mehrgenerationenhäuser

tragen nach Einschätzung einen wichtigen Anteil dazu bei, insbesondere in den Bereichen von flexibler Kinderbetreuung, Ferienbetreuung und Wochenendbetreuung. Das bedeutet, die Mehrgenerationenhäuser bieten Angebote an, die durch institutionelle Angebote bisher nicht geschlossen werden können und schließen dadurch auch Lücken im Betreuungsbereich. Die Diskussion zeigte auch, dass die Vereinbarkeit im Moment noch mehrheitlich unter dem Druck und damit den Notwendigkeiten einer bedarfsorientierten Kinder-Schülerbetreuung gesehen wird.

Die zunehmend größeren Anforderungen an Flexibilität, die von Unternehmen ihren Mitarbeitern gegenüber gestellt werden, rief aber auch Kritik hervor. Aus Sicht des Kindeswohls können und sollen auch nicht alle Betreuungslücken geschlossen werden, die sich auf Grund der Flexibilitätsanforderungen für späte Abendstunden, Frühschichten oder Wochenendarbeiten wieder neu stellen. Einig war man sich, dass deshalb auch Grenzen gezogen werden müssen, so z. B. Arbeitszeiten für Eltern, die nicht bis in den späten Abend hinein gehen usw.. Da aber auch bekannt ist, dass Eltern oft im Bereich von sog. Grauzonen, d.h. durch ein Puzzle an Betreuungssets versuchen, dem doch gerecht zu werden, wurde auf gute Beispiele hingewiesen, wie dies gelöst werden könnte. In Bad Rodach gibt es Dialoge mit Unternehmen im Rahmen eines sog. runden Tisches, die dazu dienen, gemeinsame Abstimmungen vornehmen zu können und damit Spitzen im Bereich von Flexibilitätsanforderungen an die Mitarbeiter zu reduzieren. Es zeigt sich immer wieder, dass hierbei mit Unternehmen individuelle Lösungen gefunden werden können.

Die Herausforderungen in den größeren Städten wie Fürth beziehen sich insbesondere auf die Integration von Familien ausländischer Herkunft. Dabei geht es insbesondere um die Integration der Frauen als auch die Unterstützung deren Kinder, sich in das deutsche Bildungssystem integrieren zu können. Das Mehrgenerationenhaus in Fürth erweist sich dabei als eine unverzichtbare Institution, die Aufgaben der Kommune übernimmt und mit einer hohen Qualität durchführt. Dies betrifft nicht nur freiwillige Leistungen, sondern auch Pflichtaufgaben. Durch die gute Einbindung des Mehrgenerationenhauses in die Arbeitskreise der Kommune können die Abstimmungsprozesse der Angebote auch mit anderen Anbietern vorgenommen werden. Die Wichtigkeit der Einbindung in vorhandene Arbeitskreise wurde auch von anderen kommunalen Vertretern bestätigt. Für Mehrgenerationenhäuser bedeutet das, dass sie aktiv auf die Kommune zugehen sollten, insbesondere auch dann, wenn sie nicht in kommunaler Trägerschaft sind. Dass eine gute Etablierung eines Mehrgenerationenhauses und damit verbunden auch die Abstimmungen mit anderen Einrichtungen erfolgreich sein kann, zeigt das in kommunaler Trägerschaft sich befindende Mehrgenerationenhaus Wunsiedel. Das wird auch noch dadurch erleichtert, dass der Bürgermeister im Mehrgenerationenansatz die Lösung für demographische Herausforderungen in seiner Kommune sieht.

Einig war man sich, dass der Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter dem Aspekt der Pflege ein wichtiger Punkt ist, aber noch nicht in dem Maße so thematisiert worden ist wie der Bereich der Kinderbetreuung. Dies betrifft insbesondere die flexiblen und auch ergänzenden Angebote zur professionellen Pflege damit die Pflege zuhause unterstützt und erleichtert werden kann. Gerade aber im Pflegebereich wird auch ein hohes Konkurrenzpotential der Angebote der Mehrgenerationenhäuser gegenüber der professionellen Pflege gesehen. Da diese Doppelstruktur in der Regel nicht zutrifft, wird hier ein großer Handlungsbedarf gesehen, besser aufzuklären und auch zu vernetzen, Dies trifft sowohl die Mehrgenerationenhäuser als auch die kommunalen Vertreter.



Thementisch Alter und Pflege

Vorbereitungsgruppe:

Norbert Tessmer, 2. Bürgermeister Coburg

Willy Lehmeier, 1. Bürgermeister Wertingen

Johannes Bischof, Paritätischer Wohlfahrtsverband Bayern, Referent Altenhilfe

Michael A. Reich, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Landessenorenvertretung

Peter Ferstl, MGH Ingolstadt

Margarita Däubler, MGH Landsberg

Anke Wilk, MGH Landsberg

Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Moderation und Protokoll:

Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Thesen zum Thementisch Alter und Pflege:

Norbert Tessmer trug im Namen der Vorbereitungsgruppe die vorbereiteten Thesen vor:

These 1

Aktive kommunale Gesundheitspolitik mit solider Finanzierung vermeidet Pflegenotwendigkeit.

Die Kommunen möchten ihren Beitrag leisten indem sie wie ein Navigationssystem in der Gesundheitspolitik funktionieren bzw. die Rolle des Kümmerers einnehmen.

Die Vermeidung von Pflegehäufigkeit ist möglich durch präventive Maßnahmen, die schon bei den Jugendlichen anzusetzen sind (junge Komatrinker haben besonders hohes Risiko an Demenz zu erkranken) und Reha-Maßnahmen.

Die Gebietskörperschaften sollten mit allen Anbietern, die zur Gesundheitsprävention beitragen, kommunizieren, Netzwerke aufbauen und die Verzahnung der Akteure wie u.a. LAG FW und LBE am Markt befördern.

Die Mehrgenerationenhäuser sind bei diesem Prozess starke noch weiter auszubauende Vernetzungsplattformen, wie z.B. für die Fachstelle für pflegende Angehörige und weitere Anbieter und sind zudem gut strukturierte Anlaufstellen für die Jugendlichen, mittlere und ältere Generation.

These 2

Aktivierung der Eigeninitiative der älteren Personen spart Kosten für das Gemeinwesen.

Jede einzelne Person kann sehr viel mehr für sich selbst tun um länger und gesünder zu leben. Dieses Eigenpotential gilt es im Rahmen eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes zu aktivieren.

Die Mehrgenerationenhäuser sind dabei willkommene Anbieter: hier können Ältere Jüngeren begegnen, sich austauschen oder sich ehrenamtlich einsetzen und neue Sinnhaftigkeiten und Horizonte erschließen, was aktiv und gesund hält. Im Übergang von Beruf und Ruhestand wollen viele ihr Know-How und Wissen anderen weitergeben oder für andere da sein. Im Mehrgenerationenhaus finden sie den Raum für freiwilliges Engagement, für Begegnung, Kreativität, Wertschätzung und Gemeinschaft.

These 3

Länger eigenständig leben und Pflege und Beruf vereinbaren erhöht kommunale Attraktivität.

Die zügige Umsetzung der Maxime „solange wie möglich zuhause leben und Teilhabe ermöglichen im selbst gewählten Sozialraum“ ist Grundlage für erfolgreiche generationenübergreifende Sozialpolitik in der Kommune

Der angebotene Pflegemix von unterschiedlichen Einrichtungen, Trägern und Verbänden wie er seit langem von LAG FW, LBE und anderen implementiert ist, wird durch die Mehrgenerationenhäuser um die Komponente der niedrighschwelligten Angebote im Bereich Beratung, Pflege, Qualifizierung und Vermittlung haushaltsnaher Dienstleistung ergänzt, was den älteren Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Lebensumfeld ermöglicht und frühe stationäre Pflege vermeidet. Im Bereich Demenz arbeiten sie oft eng mit der Alzheimer Gesellschaft und vielen anderen Akteuren zusammen um bedarfsgerechte Angebote für die Betroffenen umzusetzen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren und es zu enttabuisieren.

Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für professionelle Dienste, jedoch von großer qualitativer Bedeutung zur Bewältigung des Alltags der Älteren, Pflegebedürftigen, aber auch der Entlastung von pflegenden Angehörigen, die dadurch Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erfahren.

Kommunen werden für Jung und Alt attraktiv durch Bauen, Barrierefreiheit, gute Erreichbarkeit, Treffpunkte, Kommunikationsstrukturen, insgesamt durch die Verbesserung der Lebensqualität der Älteren, damit auch für die Jüngeren. Diese können dadurch wiederum besser ihrem Beruf nachgehen und die Kommune bleibt lebendiger Wohnort und begehrter Wirtschaftsstandort.

These 4

Nur gemeinsam ist man erfolgreich und zukunftsfest.

Die Angebotspalette zu Alter und Pflege und zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss im gemeinsamen Schulterschluss aller Akteure vor Ort erstellt und modifiziert werden: Kommune als Navigator und Kümmerer (siehe These 1).

Desiderat für alle Akteure: Bestandserhebung und systematische tabellarische Erstellung der für die Mehrgenerationenhaus-Arbeit vorrangig relevanten niedrighschwelligten Angebote wie z.B. Seniorenbegleiter, Alltagsbegleiter, Pflegebegleitung etc. vor Ort mit allen Einsatzgebieten und Abrechnungsmodalitäten zur Schaffung von Transparenz und Übersicht.

Umdrehen der Perspektive: stationäre Pflegevermeidung als Ziel bedeutet eine Neujustierung der dafür notwendigen Strukturen aus Sicht der Akteure wie LAG FW.

Erkennen der Potentiale, der Grenzen und Bandbreite der MGH: wo fängt der niedrighschwellige Ehrenamtsbereich an, ab wann beginnt der Profi-Bereich für den andere Anbieter zuständig sind und durch welche Tätigkeiten besteht die Möglichkeit durch bürgerschaftliches Engagement den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden.

Sicherung der Neutralität vor allem bei Vermittlungsfragen.

Steter frühzeitiger Austausch und regelmäßige Vernetzungstreffen der Akteure vor Ort auf Augenhöhe zum Abgleich, Updates, Fortschreiben des Gesamtkonzepts.

Diskussion:

Die ersten beiden Thesen fanden einhellige Zustimmung der Teilnehmergruppe, bei der dritten These – hier vor allem was das Verhältnis Bürgerschaftliches Engagement und Hauptamt betrifft – und der vierten These – wie ist die Einbindung eines Mehrgenerationenhauses im kommunalen Gesamtkonzept und aufgrund welcher Grundlage - war großer Diskussionsbedarf.

Zur dritten These konnte Konsens erzielt werden, dass die niedrigschwelligen Angebote im Mehrgenerationenhaus individuell abzuklären sind. Die freiwillig Aktiven haben das Recht von Hauptamtlichen abgeholt und supervidiert zu werden. Ein Pflegemix ist gut, aber immer sollte dieser eingebunden sein in Fachlichkeit und Hintergrund-Backup.

Vernetzungsstrukturen sind dabei dringend notwendig, wie sie auch vom MGH Ingolstadt bestätigt worden sind. Dort hat man gute Erfahrungen mit freien Trägern, so dass das MGH zum guten Ankerpunkt für niedrigschwellige Angebote geworden ist. Das wurde auch vom MGH Landsberg am Lech bestätigt. Mit vielen bunten Angeboten konnte das MGH sein Profil stärken und durch Freude an der Arbeit und am Miteinander, der „Dünger“ für jegliche Mehrgenerationenhausarbeit, die Zielgruppen erweitern, neue Kooperationspartner gewinnen, aber auch alte Ziele, wie die Inhalte des EFI-Bundesprogramms mit einbetten.

LAG FW stellt als genereller Arbeitsauftrag Verbindungen her von der Wiege bis zur Bahre und kennt somit das Spannungsfeld zwischen professionellen, betreuenden, pflegenden und parallel angebotenen ehrenamtlichen Dienstleistungen.

Pflegekräfte können nicht durch Bürgerschaftliches Engagement ersetzt werden. Professionelle Pflegedienste haben ihre Grenzen. Ein Pflegedienst, der in den Haushalt kommt, kann nicht für soziale Partizipation sorgen. Das Ziel ist die Teilhabe, sowohl in der Kommune als auch vor Ort. In den Großstädten hat man bereits einen fünfzigprozentigen Singleanteil und die klassischen Netzwerke werden immer unverbindlicher. Insofern liegen die demografischen Probleme nicht nur im Alter, sondern auch in der Armut, Singularisierung und in der mangelnden Vorsorge in jungen Jahren. Für die Mehrgenerationenhäuser und andere Anbieter muss also in jedem Fall eine Bedarfsplanung erhoben werden, denn Steuerungsverantwortung zieht auch Finanzierungsverantwortung nach sich.

Darüber hinaus solle der Schwerpunkt Demenz in das Konzept der Mehrgenerationenhäuser verbindlich aufgenommen werden, so Michael Reich vom LBE und gleichzeitig Vertreter der Landesseniorenvertretung. Die Grenze zwischen Bürgerschaftlichen Engagement und professionellen Diensten müsse im Vorfeld gezogen werden um Konflikte zu vermeiden und dass man gesund sterbe, sei eine Illusion. Die Pflegebedürftigkeit sei da schon längst angelaufen.

Dass Seniorenbeirat, Seniorenbüro mit Servicestelle eine hervorragende Ergänzung zum Mehrgenerationenhaus seien, zeige sich in Ingolstadt. Der Oberbürgermeister und die Freiwilligenagentur setzen sich für die Kampagne „Älter werden in Ingolstadt ein“, das Mehrgenerationenhaus vernetze und macht den Schulterschluss mit neuen Kooperationspartnern, so könne man Aktivierung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Zugleich reduziere man die Pflegebedürftigkeit, so Coburg, denn je mehr man integriert ist im sozialen Leben, desto gesünder könne man auch seinen Lebensabend verbringen.

Auf die Frage nach der Rolle des MGH im seniorenpolitischen Gesamtkonzept antwortete Norbert Tessmer bezeichnend auf die vierte These anhand des praktischen Beispiels in Coburg. Seniorenbeirat und Mehrgenerationenhaus stehen in enger Zusammenarbeit mit den Pflegestützpunkten und er als zuständiger Bürgermeister ist Vorsitzender der Freiwilligenagentur wie auch des Seniorenbeirats und Sorge daher für ein abgestimmtes Miteinander. Die Rolle hängt somit immer vom historischen Kontext als auch von den handelnden Personen ab. In Ingolstadt hat sich das MGH aus einem traditionellen Altenservice entwickelt, der Seniorenbeirat ist dort seit 35 Jahren beheimatet und eine Bestandsaufnahme gehöre in der Ingolstädter Sozialplanung zum A und O. Das MGH hat selbst Verbindungen hergestellt, Kooperationen angepeilt und einen Jour fix eingerichtet. Zum Leitbild der Stadt gehört es, dass diese eine generationenfreundliche Stadt werden bzw. sein möchte und nicht nur eine seniorenfreundliche.

Die Funktion eines Mehrgenerationenhauses wird in Augsburg als Relaisstation für alle bürgerlichen Belange und Freiwilligenengagement gesehen, in Wertingen hingegen als reine Ergänzung zu anderen Angeboten. Hier bündele wie in anderen Gebietskörperschaften die Kommune die breite Palette vom Altenwerk, Kolping bis hin zu Bürgerinitiativen. Zudem gebe es viel ehrenamtliches Engagement, das gar nicht sichtbar sei.

Wie man gesellschaftspolitisch die Rollenzuweisung eines Mehrgenerationenhauses auffassen sollte, darauf verwies das BMFSFJ. Das Aktionsprogramm ist so angelegt, dass man Doppelstrukturen vermeidet und die Unterstützung dauerhaft anlegt. Die Inhalte sind bedarfsgerecht auf die Themen vor Ort zugeschnitten. Das Alleinstellungsmerkmal, der generationenübergreifende Ansatz, sollte die Mehrgenerationenhäuser dazu anregen, sich zu überlegen womit man sein Profil schärfen kann. Als Lösungswege ist eine Vielfalt an Umsetzungen möglich. Die Aufgabe der Mehrgenerationenhäuser ist es nicht auf alle Problemlagen einzugehen, sondern die Angebotspalette offen zu halten. Unter Berücksichtigung und Einbezug auch des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts könne man das erkennen und Kräfte bündeln. Aus Bamberg wurde die Position weiter bestärkt und am praktischen Beispiel ausgestaltet: Im Sinne vom Quartiershaus-Konzept ist ein Mehrgenerationenhaus ein moderner Dorfbrunnen, ein Ort, von dem aus es los geht, in dem Kooperation und nicht Konkurrenz herrscht und es gilt jetzt gemeinsam Orte zu schaffen, wo dieses stattfinden kann.



Mehr
Generationen
Haus



BAYERISCHER
LANDKREISTAG



BAYERISCHER STÄDTETAG

LAGFW

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern



BAYERISCHER
GEMEINDEFLAG



LBE

LANDESNETZWERK
BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT BAYERN

Thementisch Bürgerschaftliches Engagement

Vorbereitungsgruppe:

Linda Plappert-Metz, 1. Bürgermeisterin Arnstein
Carsten Hillgruber, Sozialreferent der Stadt Bayreuth
Monika Nitsche, Referentin für Bürgerschaftliches Engagement, Paritätischer Bayern
Wolfgang Krell, lagfa-bayern
Sabine Nölke-Schaufler, MehrGenerationenTreffpunkte Augsburg
Franz Josef Sauer, MGH Binsfeld
Dr. Thomas Rübke, Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Moderation)

Protokoll;

Dr. Thomas Rübke

Thesen zum Thementisch BE:

Franz-Josef Sauer und **Carsten Hillgruber** trugen im Namen der Vorbereitungsgruppe die vorbereiteten Thesen vor.

These 1

Auf einer gut vernetzten Basis lassen sich weitere Netzwerke besser knüpfen.

MGH sind für das Bürgerschaftliche Engagement vor Ort umso nützlicher und erfolgreicher, je besser sie schon im kommunalen Umfeld vernetzt sind. Dies ist in unterschiedlichen Konstellationen denkbar: z.B. durch anerkannte Träger, Trägerverbände oder die Kommune, die als Träger oder Kooperationspartner auftritt. Auf dieser Basis können dann weitere Vernetzungen ausgebaut werden. MGH leben aus der Vernetzung, die sie selbst aktiv schaffen und auf der sie aufsetzen. Sie werden sich daher auch unterschiedlich vor Ort entwickeln. Ihr Auftrag ist breit definiert. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sind so angelegt, dass sie auch vorhandene Zuständigkeiten („Versäulungen“) öffnen. Gerade hierin liegt ihre vernetzende Stärke.

(Z.B. Bayreuth: Ev. Familienbildungsstätte; Germering: Germeringer Insel getragen durch mehrere Wohlfahrtsverbände; Augsburg: MehrGenerationenTreffpunkte in Trägerschaft der Stadt; Arnstein: „dörfliches“ MGH Binsfeld).

These 2

MGH stehen in einer vielfältigen kommunalen Engagementlandschaft, die Koordination benötigt.

Vielfalt des BE wird es immer geben, aber es bedarf einer kommunalen Engagementpolitik bzw. Fachplanung. Die Kommune hat Planungs- und Handlungspriorität und bezieht dabei andere Akteure ein. Dennoch ist Engagementpolitik als besonderer Fokus kommunaler Politik noch neu und bedarf der Weiterentwicklung. Das kann auf unterschiedlichen Wegen geschehen:

- durch schon vorhandene Gremien wie Jugendhilfeausschuss, Konferenz der Wohlfahrtsverbände etc.
- durch besondere zu schaffende Gremien, die das BE in der Kommune/Gebietskörperschaft im Blick haben: (Beispiel Bündnis für Augsburg, Engagementbeirat Stadt München und Nürnberg). Dies bedeutet allerdings zusätzlichen Aufwand.

These 3

Das Thema BE wird in unserer Gesellschaft wichtiger werden. Die MGH werden eine spezielle Rolle unter vielen spielen.

Schon der demografische Wandel macht klar, dass Familienpolitik ohne Bürgerschaftliches Engagement in Zukunft undenkbar sein wird. Wahrscheinlich wird auch der soziale Nahraum eine größere Rolle spielen – z.B. in der ambulanten Altenhilfe. Nicht in jedem Stadtteil oder Dorf wird aber ein MGH anzutreffen sein. MGH werden auch kaum einen Aktionskreis eines Landkreises oder einer Stadt bewältigen können. Andere BE-Felder wie Sport und Kultur werden relativ unberührt von den MGH ihre Tätigkeiten entfalten. (Selbsthilfe MGH als spezielles Thema, Monika Nitsche). Es wird viele unterschiedliche Mitspieler geben: Bürgerhäuser, Freiwilligenagenturen, Mütterzentren, Vereinsheime etc. Besondere Stärke der MGH ist ihre Vielfalt an möglichen Ausrichtungen und ihre querschnittsorientierte Arbeitsweise. Mit ihren besonderen Profilen können MGH gezielt unterschiedliche Zielgruppen ansprechen.

These 4

Die Zukunft der MGH ist in drei Jahren wieder offen. Es bedarf einer gerechten und nachhaltigen Förderung von Infrastrukturen des BE von Land und Bund. Kommunen und Träger werden es nicht allein schultern können.

Derzeit werden unterschiedliche Infrastrukturen von Land und Bund und EU (z.B. LEADER) gefördert. Die unterschiedlichen Förderhöhen hängen nicht unbedingt von sach- und aufgabengerechten Erwägungen ab, sondern davon, wie viel an Fördermitteln jeweils vorhanden ist. Zudem sind Infrastrukturen auf zusätzliche Einnahmen angewiesen und sollen diese auch generieren. Es kann hier zu Konkurrenzen um „Engagementfelder“ durch verschiedene, nebeneinander existierende Einrichtungen und Initiativen kommen. Hier ist kommunale Moderation notwendig, z.B. Konkurrenz bei Kooperationen mit der Wirtschaft im Bereich Corporate Volunteering und Fundraising. Es ist anzuraten, dass die Kommune moderierend eingreift, um Konflikte zu entschärfen. Am Beispiel Augsburg: gutes Arrangement: Das Freiwilligen-Zentrum Augsburg macht Engagementberatung in den MehrGenerationenTreffpunkten.

Diskussion:

Zum Einstieg in die Diskussion wurde angemerkt, dass die Thesen zwar in sich stimmig seien, aber durchaus auch untereinander Widersprüche und Reibungen entstehen könnten. Eine Vernetzung der Ehrenamtslandschaft vor Ort muss auch um Ressourcen und politische Aufmerksamkeit konkurrieren. Am Beispiel Arnstein machte Bürgermeisterin Plappert-Metz klar, dass die Gemeinde mit neun Ortsteilen in ihrem Ortsteil Binsfeld ein MGH trägt, aber es sich nicht leisten könnte, eine ähnliche Einrichtung auch in den anderen acht Ortsteilen zu installieren. Zudem bestehe ein reges Vereinsleben, unterschiedliche Ansätze der Vernetzung wie Vereinsringe oder Bürgerhäuser. Das MGH sei hier ein, wenn auch interessantes, aber teures Modell.

Das MGH sei, so Franz-Josef Sauer vom MGH Binsfeld, eine wichtige Nabe des kommunalen Lebens. Angesichts des demografischen Wandels werden ländliche Gemeinden nur überleben, wenn sie in Zukunft als Gemeinschaftserlebnis wieder im Dorfleben sichtbar machen. Das MGH bündelt alle wichtigen Funktionen, von der Kinderbetreuung bis zur Altenhilfe und wird so zum Mittelpunkt.

Angemerkt wurde, dass die von Sauer beschriebene vernetzende Funktion tatsächlich für alle Gemeinden in Zukunft unabdingbar sein wird. Dabei ist aber das MGH nur ein Modell unter mehreren möglichen, die sich auf den Sozialraum Dorf oder Stadtteil beziehen: Es gibt soziokulturelle Zentren, Dorfläden, Vereinshäuser, Bürgertreffs etc., die ähnliche Funktionen erfüllen. Man sollte von den vor Ort bestehenden Strukturen immer ausgehen, wenn man politisch versucht, dem Gemeindeleben durch vernetzende Einrichtungen neue Impulse zu geben.

Ein MGH kann auch keinen Umgriff einer Stadt oder eines Landkreises abdecken. Wenn es weiter wirkt, dann als nachahmenswerter Leuchtturm. So berichtet Bürgermeister Rückert aus Langenfeld, wie die hiesige Einrichtung schon die Planung von drei weiteren Häusern im Landkreis angeregt hat.

Die Förderung in Binsfeld sei auch bei einer 1.200 EW-Gemeinde auf mehrere Füße zu stellen. Durch kommunale Haushaltsmittel lässt sich das nicht leisten. Durch Sponsoring von Firmen und Eigenarbeit konnte der Umbau der Scheune zum MGH auf die Hälfte reduziert werden. Dauerhafte Spenden und Fördergeber entlasten den kommunalen Zuschuss. Rückert sieht in Mischfinanzierungsmodellen die Zukunft. Sie zeigen auch die breite Anteilnahme am MGH.

Ein hauptamtlicher Kern der Einrichtung muss sein. In Langenfeld gibt es eine Putzkraft und eine Verwaltungskraft, die z.B. für den Belegungsplan der Räume zuständig ist. Alles andere wird ehrenamtlich organisiert und funktioniert sehr gut. Die Programminhalte werden hingegen meist durch Ehrenamtliche entwickelt. Ähnlich wird es im MGH des Landkreises Augsburg gehandhabt.

Die MGH sprechen neben den traditionellen Vereinen, das machten Vertreterinnen des MGH Mainleus deutlich, auch eine neue Schicht von Ehrenamtlichen an, die dem traditionellen Vereinsleben eher fern bleiben. Dieses Potenzial ist hoch. Viele davon engagieren sich in Projekten oder auf Zeit, so dass entsprechende Einsatzstellen vorgehalten werden müssen, die zu diesem Engagementprofil passen. Daher ist ein Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt auf Augenhöhe und ein entsprechendes Freiwilligenmanagement dringend erforderlich. Dieser Befund trifft auch auf die städtischen MGH zu. In Augsburg beispielsweise unterstützt das lokale Freiwilligen-Zentrum die Arbeit der MehrGenerationenTreffpunkte.

Wichtig ist es immer, nach Synergien und Kooperationen mit anderen ehrenamtlichen Vereinen und örtlichen Vernetzungsstrukturen zu suchen, Konkurrenzen offen anzusprechen und auszuräumen. Dazu braucht es eine stimmige und politisch getragene Engagementstrategie vor Ort. Hier muss die Kommunalpolitik vielerorts noch nachbessern, denn in den wenigsten bayerischen Kommunen gibt es hierfür Ansätze.

Die MGH sind keine Lückenbüsser für ausfallende Leistungen des Sozialstaats, sie können aber sehr gute präventive und ergänzende Arbeit leisten. Diese wird vor der Kulisse des demografischen Wandels immer wichtiger. In Langenfeld beispielsweise hat man den Eindruck, dass die Leute länger fit bleiben und länger zu Hause wohnen können, wenn sie gesellschaftlich aktiv und eingebunden sind. Man hat dort nun vor, an das bestehende MGH ein Generationen übergreifendes Wohnprojekt anzuschließen.

Wie schon eingangs von Bürgermeisterin Plappert-Metz angemahnt, wird das Thema Finanzierung der MGH auf der Agenda bleiben. Die MGH, vor allem im ländlichen Raum, werden sich nicht allein durch kommunale Mittel tragen lassen. Man sollte auch eine dauerhafte überörtliche Hilfe in Aussicht stellen, die sich im Gegensatz zum derzeitigen Programm auch an der Größe der Kommune orientieren sollte. Die Stiftungsinitiative des Bayerischen Sozialministeriums für die Mehrgenerationenhäuser wird positiv gesehen. Realistisch wird sie freilich nur einen kleinen Teil zur Gesamtfinanzierung beisteuern können. Man muss wegkommen von projektförmigen, zeitlich begrenzten hin zu nachhaltigen Förderungen der Infrastrukturen.

Dabei muss auch noch einmal die Frage angegangen werden, wie sich in den MGH das Verhältnis von Ehrenamt und bezahlten Dienstleistungen gestalten soll. Diese Frage konnte aber angesichts der knappen Zeit nur angesprochen und nicht ausdiskutiert werden.

Diskussion mit dem Plenum

Was gibt es zu tun?!

Aufgaben der Akteure in den verschiedenen Sozialräumen.

in Form eines Fishbowls mit gesetzten und wechselnden Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Plenum

Protokoll:

Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Moderation:

Wolfgang Fänderl, Vernetzungsberater

Einleitende Frage des Moderators an die gesetzten Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Fishbowl:

Warum liegen Ihnen die Mehrgenerationenhäuser am Herzen?

Herr Karl Willi Beck, erster Bürgermeister aus Wunsiedel:

Wir haben in Wunsiedel das Mehrgenerationenhaus in kommunaler Trägerschaft und bereits bei Antragstellung für das Aktionsprogramm I erkannt, welchen positiven Gewinn die Kommune durch die Implementierung hat. Das Mehrgenerationenhaus füllt genau das Vakuum aus, das keine andere Institution oder Einrichtung bedient: In seiner Rolle als Vernetzungsfunktion, als Ankerpunkt für alle bürgerlichen Bedarfe und als Problemlöser.

Herr Johannes Bischof, Referent für Altenhilfe im Paritätischen Wohlfahrtsverband

und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW):
In Bayern sind rund 61 Mehrgenerationenhäuser in Trägerschaft der LAG FW. Ausgehend von der Devise „Wir altern wie wir gelebt haben“ wollen wir als LAG FW sozialpolitisch das Leben im Verlauf betrachten und vernetzen und unterstützen. Das Konzept Mehrgenerationenhaus sehen wir als einen weiteren Baustein in diesem System.

Frau Sabine Nölke-Schaufler, Vertreterin des Bündnisses Augsburg:

Wie werden wir in Zukunft leben? Aufgrund dieser Fragestellung wurde das Bündnis für Augsburg gegründet. Seine Weiterführung und Ergänzung findet die Beantwortung durch das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, das eine Verbesserung der Lebenszusammenhänge in zwölf städtischen Planungsräumen befördert und durch seine konkrete Organisation vor Ort schnell und praxisnah auf die Bedarfe reagiert.

Herr Reiner Pröbß, berufsmäßiger Stadtrat und Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg,

Vorsitzender des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetags, Mitglied im Sozialausschuss des Deutschen Städtetags:
Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser ist nicht ganz neu. Wir kennen die generationenübergreifende Gemeinschaftsidee bereits von den Casa del Popolo und den Gemeinschaftshäusern der 70er Jahre des letzten Jahrhundert. Hier liegt eher eine Wiederbelebung dieses Ansatzes vor und hat auch den Effekt, z. B. aus den Kitas Orte der Begegnung zu machen.

Frau Kerstin Wenzl, Leiterin des Mehrgenerationenhauses in Trägerschaft des Mütterzentrums in Fürth, Mitglied des Bayerischen Sprecherrates der Mehrgenerationenhäuser: Das Mütterzentrum kann auf eine lange erfolgreiche Geschichte zurückblicken. Seit 2006 ist das Mütterzentrum Mehrgenerationenhaus und gut eingebettet in die Strukturen der Stadt und uns liegt am Herzen das Geleistete in die Zukunft zu überführen, wofür es aber auch eine gute Finanzierung braucht.

Was waren die Highlights aus den Thementischen?

Integration und Bildung

Karl-Willi Beck, erster Bürgermeister aus Wunsiedel sah das Highlight darin, dass sich die Thementischteilnehmer alle dafür ausgesprochen haben, die Kommune als Navigator und Kümmerer in die Pflicht zu nehmen, so wie es auch in Wunsiedel der Fall ist. Um Kosten und Ressourcen zu sparen, werden Doppelstrukturen von Angeboten in Wunsiedel vermieden, in anderen Gebietskörperschaften aber erst noch diskutiert und erste Schritte des Abgleichs gemacht. Dafür bedarf es einer Steuerung, die sinnvoller Weise von der Kommune übernommen wird. Am Beispiel des Mehrgenerationenhauses wird deutlich, dass es Ressourcen, Basis, Stabilität und Sicherheit braucht, die von der Kommune gegeben werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Für Elisabeth Reichert, Sozialreferentin der Stadt Fürth, war der Kernpunkt des Thementisches die Frage: „Was kann man den Familien zumuten und was folgt daraus für das politische Handeln“? Dabei die Fragen, wie gut müssen Kinderbetreuungsangebote sein, müssen diese sich an der Wirtschaft oder am Kindeswohl orientieren? Es wurde dafür plädiert, dass man die Wirtschaft mehr sensibilisieren müsse, damit diese die Balance zwischen Beruf und Familie bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besser organisiert. Die Kommune kann von den Mehrgenerationenhäusern lernen: man sollte nicht immer nur die Strukturen sehen, sondern diese auch aufbrechen. Gute Lösungen müssen nicht immer teuer sein. Alle Angebote sollten zusammenpassen wie ein Mosaik. Darin sind die Mehrgenerationenhäuser beispielhaft in ihrer Guten Praxis.

Alter und Pflege

Der Referent für Altenhilfe im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Johannes Bischof und Vertreter für die LAG FW, fasste mehrere Desiderate zusammen. Fundament für die Implementierung eines Mehrgenerationenhauses ist die vorausgehende Bedarfsplanung vor Ort. Man muss vor Ort analysieren, welche Strukturen es bereits gibt und das seniorenpolitische Gesamtkonzept, sofern vorhanden, miteinbeziehen. Das Netzwerk dafür herzustellen ist Aufgabe der Kommune, sie hat auch die Steuerung dafür. Leitbild dafür muss sein: „Wem dient das Ganze, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern!“. Angestrebt werden soll ein Hilfemix zwischen bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Strukturen im Bereich Alter und Pflege. Keinesfalls soll jedoch das Ehrenamt als Ersatz für professionelle Hilfe verstanden werden, sondern als Möglichkeit und Gelegenheit die Teilhabe der Bürgerschaft in der Kommune zu ermöglichen. Das hat auch den Effekt, dass durch den aktiven Einbezug die Pflegeanforderungen, die dann bedient werden müssen, etwas reduziert werden können. Die sog. Alterskrankheit Demenz hat verschiedene Verlaufsphasen und Stadien. Wissenschaftliche Erkenntnisse haben gezeigt haben, dass bei Anfängen der Krankheit und Übergängen in ein weiteres Stadium gerade die Integration in die Gemeinschaft sich verzögernd auf den Krankheitsverlauf auswirkt. Mehrgenerationenhäuser sind gerade mit ihrer Niedrigschwelligkeit und gemeinschaftsstiftenden Charakter ein wichtiger Baustein für die Versorgung.

Bürgerschaftliches Engagement

Sabine Nölke-Schaufler, Vertreterin des Bündnis für Augsburg und Leiterin der Mehrgenerationen-Treffpunkte in Augsburg, führte zwei der wichtigsten Punkte des Thementisches näher aus: 1) welche Rolle spielt beim Schwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement das Mehrgenerationenhaus vor Ort? 2) Welche Gewichtung hat dabei das Geld?

Zu 1: Je nach Region und Historie ändert sich die Einbettung eines Mehrgenerationenhauses im Bereich Bürgerschaftliches Engagement. Um im Bildhaften zu bleiben kann man die unterschiedlichen Stadien des Freiwilligenengagements vor Ort vergleichen mit einem Rad. Ausgehend von der Radnabe im Zentrum bis hin zum Radreifen sind alle Beteiligungsformen möglich. Beste Impulsgeber für neue Formen und Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements sind dabei die Mehrgenerationenhäuser, die neue Wege der sich ändernden Freiwilligenlandschaft aufzeigen.

Zu 2: Wie kann man das Bürgerschaftliche Engagement durch einen hauptamtlichen Mitarbeiterstamm absichern? Bürgerschaftliches Engagement braucht ein Mindestmaß an Rückgrat durch eine gute und effiziente Koordination. Hier ist ein Finanzierungsmix notwendig, bei dem sich alle beteiligen sollten: Bund, Land, Kommune und Wirtschaft.

Im nächsten Schritt wurden vom Moderator unterschiedliche Handlungsthemen, die sich aus der Diskussion an den Thementischen ergeben haben, vorgestellt und im Plenum darüber abgestimmt, welchen man sich im Folgenden widmen möchte.

Handlungsthemen und die Abstimmungsergebnisse (in Klammern):

- Mehrwert der Mehrgenerationenhäuser deutlich machen und Profiteure gewinnen (Abstimmung 1/3)
- Bedarfe vor Ort erkennen: Bereitstellung von Räumen, Beratung, Kooperation (Abstimmung 2/5)
- Planungsinstrumente um sich abzustimmen (Abstimmung 1/3)
- Kooperation ja - aber wie mit Konkurrenz umgehen? (Abstimmung 2/5)
- Unterschiede zwischen kleinen und großen Kommunen, Stadt/Land (Abstimmung 0)
- **Eigeninitiative und BE anregen/fördern? (Abstimmung 1/2)**
- Zusammenspiel Ehrenamtliche und Professionelle? (Abstimmung 1/3)
- Kooperation erleichtern (z.B. in der Verwaltung) (Abstimmung 1/5)
- **Wie Unternehmen mit einbinden? (Abstimmung 2/5)**
- Umgang mit Partnern? (Abstimmung 0)

Gewählte Themen:

- 1) Eigeninitiative und BE anregen/fördern
- 2) Wie Unternehmen mit einbinden?

Thema 1: Eigeninitiative und BE anregen/fördern

Frage: Was ist wichtig und was muss man beachten, wenn man das Bürgerschaftliche Engagement mit dem Mehrgenerationenhaus koppelt?

Zu beachten ist, dass man vorab eine Bedarfsanalyse erstellt. Anhand des Beispiels Bürgerbus zeigte Herr Hans Willi Beck, erster Bürgermeister der Stadt Wunsiedel, den damit einhergehenden Benefit für die Kommune auf. Vor Ort gibt es einen erheblichen Bedarf für dieses Bürgerbusmodell, da viele Personen nicht mehr an den ÖPNV angebunden sind und auch kein Auto besitzen bzw. nicht mehr fahren wollen oder können. Das Modell wurde von den Stadtwerken unterstützt und über die Zeitung in vielen Berichten bekannt gemacht. Die Kommune hat die erforderlichen TÜV-Prüfungskosten für die ehrenamtlichen Busfahrerinnen und -fahrer übernommen. Anfangs hatte man damit einen erheblichen Freiwilligenstamm, der allerdings in letzter Zeit etwas abgenommen hat, weil sich die Menschen zu sehr in der zeitlichen Verpflichtung gefühlt haben. Positives Feedback der Aktiven ist andererseits, Busfahrer zu sein gehört zu der Hitliste des Bürgerschaftlichen Engagements, da es kommunikativ ist, man viele Leute neu kennenlernt und eine andere Sozialtopographie erlebt.

Frau Sabine Nölke-Schaufler legte für Augsburg dar, dass die Aktivierung des Bürgerschaftlichen Engagements zum Tagesgeschäft gehört. Die Koordination als Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement ist direkt im Herzen der Verwaltung angesiedelt und gleichsam Chefsache, da die Koordination dem Büro des Oberbürgermeisters unterstellt ist. Zudem bildet die Koordination das Dach für das Bündnis Augsburg, das wiederum in die Strukturen der Mehrgenerationen Treffpunkte mit eingebunden ist. Hier wird die Vielfalt des Bürgerschaftlichen Engagements neu erkundet und auf den Weg gebracht, alles im engen Schulterchluss mit der Öffentlichkeitsarbeit und den Medienakteuren.

Herr Reiner Pröll berichtete von einer Steuerungsrunde, in die sowohl das Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement, der Kämmerer der Stadt Nürnberg und eine Reihe von Netzwerken, Stifterinitiativen eingebunden sind und verschiedene Ansätze wie z. B. das Corporate Citizenship ins Leben gerufen wurden. Diese Ansätze werden auch in ausgewählten Sozialräumen umgesetzt. So werden z. B. in Sozialräumen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf die Bürgerschaftlichen Ansätzen direkt in die Einrichtungen umgesetzt, womit systematische Planung und Umsetzung verbunden ist. Auch ist das Bürgerschaftliche Engagement in die Government-Strategie „Mit Bürgern im Dialog“ eingebettet und wird somit auf den Bürgerdialog über die gesamte Stadtpolitik ausgedehnt.

Für Monika Nitsche, Paritätischer in Bayern, ist das Prinzip "gleiche Augenhöhe" Grundvoraussetzung für die Zusammenarbeit freiwillig Aktiver und Hauptamtlicher und nur so kann das Bürgerschaftliche Engagement weiter befördert werden. Mitgestalten, Miteinbringen, eigene Kompetenzen zur Entfaltung kommen lassen, braucht die Gemeinsamkeit mit anderen.

Intergenerative Begegnung und das Voneinander Lernen ist der Schlüssel für erfolgreiche Beförderung des Bürgerschaftlichen Engagements, so Annemarie Gerzer-Sass von der Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Man engagiert sich gern für andere Altersgruppen, insofern sind die Mehrgenerationenhäuser beste Kristallisationspunkte für Bürgerschaftliches Engagement.

Der Ansatz des intergenerativen Lernen wurde von Reiner Pröbß, berufsmäßiger Stadtrat der Stadt Nürnberg verstärkt: Intergeneratives Lernen ist seit langem Gegenstand anderer Formate wie die Leseopas und Leseomas, die Seniorenpatenschaften etc. Der Vorteil der Mehrgenerationenhäuser liegt in der konzeptionellen Erfassung einer breiten Angebotspalette, wobei jeder Sozialraum, jede Sozialstruktur Kristallisationsorte braucht, die z. B. Familienzentren, Schulen, Nachbarschaftszentren u. v. a. mehr sein können. Bürgerschaftliches Engagement braucht bürgerschaftliche Begegnung und nachbarschaftliche Unterstützung.

Herr Dr. Thomas Röbbke als Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement plädiert für ein Denken in Funktion und Räumen und nicht in Titeln, um so das Bürgerschaftliche Engagement auch wirksam werden zu lassen. Als gutes Beispiel für hervorragende Sozialraumplanung wird Nürnberg angesehen. Da habe die Stadt sehr gut definiert wohin sie will und welches Entwicklungspotential sie an welchen Orten und in welchen Einrichtungen sieht. Im Mehrgenerationenhaus Schweinau ist ein Beispiel davon. Der SOS-Träger konnte eine passende Immobilie mit einbringen und ist mit nahezu allen relevanten Akteuren vernetzt. Für den sozialräumlichen Ansatz ist das Mehrgenerationenhaus dort eine sehr gute Ergänzung, braucht aber dafür auch sehr engagierte Akteure. Wie bekannt ist, wächst Bürgerschaftliches Engagement dort, wo die Mittelschicht ist. Schweinau hat eine Sozialstruktur, die sich normalerweise dem Bürgerschaftlichen Engagement fernhält. Ein Café als Treffpunkt aufzumachen bringt alleine nichts. Das muss man bewerben, da muss man aktiv die Bevölkerung aufsuchen und den Mehrwert darlegen, was in Schweinau durch intensive Publikumsarbeit in Verbindung mit dem Bürgerschaftlichen Engagement und den damit verbundenen Ansätzen durch das Bürgerschaftliche Engagement den Einstieg in den Beruf wieder zu ermöglichen, geglückt ist. Erweitert hat man diesen Ansatz mit dem Thema Migration: man hat viele Personen mit Migrationshintergrund für das Bürgerschaftliche Engagement gewinnen können. Was immer wieder diskutiert wird ist die Monetarisierung des Ehrenamtes. In der Mittelschicht kann man auf Aufwandsentschädigung verzichten, bei Harz IV jedoch nicht. Da muss man etwas zahlen um das Bürgerschaftliche Engagement überhaupt zu ermöglichen. Diese Praxis hat auch mit großem Erfolg Eingang im Mehrgenerationenhaus Schweinau gefunden.

Die Freiwilligenagentur in Ansbach ist Verfechterin eines anderen Modells. Ursprünglich hat man dort Aufwandsentschädigung gezahlt, berichtete die Geschäftsführerin Sylvia Bogenreuther, was aber durch die unterschiedlichen Bezahlmodalitäten zu großem Ärger geführt hat: wer bekommt wann wofür was? Sie ist deshalb dazu übergegangen nur noch die Unkosten zu erstatten oder mit Qualifizierungsgutscheinen zu arbeiten.



Mehr
Generationen
Haus



BAYERISCHER
LANDKREISTAG



BAYERISCHER STÄDTETAG

LAGFW

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern



BAYERISCHER
GEMEINDEFLAG



LBE LANDESNETZWERK
BÜRGERSCHAFTLICHES
ENGAGEMENT BAYERN

Thema 2: Wie kann man Unternehmen mit einbinden?

Herr Wolfgang Rückert, stellvertretender Bürgermeister aus Langenfeld, in dessen kommunaler Trägerschaft das Mehrgenerationenhaus betrieben wird zeigte auf, wie sie zu vielen Spenden gekommen sind. Vor zwei Jahren haben sich zwei Ehrenamtliche bereit erklärt, sich des Spendens und Sponsorings durch Unternehmen anzunehmen und angefangen, an Unternehmen Briefe zu schicken, in denen sie die Mehrgenerationenhaus-Philosophie vorstellten. Das war der Startschuss. Der Rücklauf war beachtlich mit großem Schneeballeffekt. Angefangen von einer Firma, die Steine für das neu aufzubauende Mehrgenerationenhaus gesponsert hat bis hin zu Dienstleistungen. In das Mehrgenerationenhaus wurde so 1 Million Euro investiert, die Kommune musste bislang nur 180.000 Euro dafür aufbringen.

Kerstin Wenzl, Leiterin des Mehrgenerationenhauses in Fürth, bestätigte, dass durch den guten Namen bzw. die gute Marke eines Mehrgenerationenhauses eine gute Möglichkeit für Spenden besteht. Aber neben persönlichen Kontakten ist auch gute Öffentlichkeitsarbeit notwendig, auch, dass Politiker angesprochen werden. Nach der Knüpfung der Kontakte ist vor allem die Pflege dieser Kontakte wichtig. Trotzdem ist es nicht möglich, Unternehmen als dauerhafte Zuwender zu halten, sie können eher dazu dienen, zeitlich begrenzte Projekte zu implementieren.

Reiner Pröllß ergänzte dies um die strategische Orientierung. In großen Firmen gibt es Ansätze des Corporate Social Responsibility, was in Nürnberg im Zusammenspiel mit der Stadt zu einem engen Netzwerk geführt hat.

Dieses Netzwerk Corporate Volunteering wurde 2010 gegründet und ist ein Zusammenschluss von Unternehmen und Institutionen mit der Zielsetzung sich durch das Unternehmensengagement zu positionieren. Es wird beispielsweise jeden Monat der Mitarbeiter des Bürgerschaftlichen Engagements des Monats ausgelobt mit einhergehender Anerkennung. Diese Anerkennungskultur und Wertschätzung kommt auch in dem jährlich im Alten Rathaus stattfindenden Ehrenamtstag zum Ausdruck.

Ein weiteres Netzwerk wird durch Spenden und Stiftungen ermöglicht und verfestigt. Neben der seit 2001 bestehenden Bürgerstiftung hat sich im Verbund mit Finanzreferat / Stiftungsverwaltung, dem Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, der Sparkasse Nürnberg, der HypoVereinsbank, der Brochier-Stiftung und der Bürgerstiftung eine Stifter-Initiative zusammengefunden. Für das Bürgerschaftliche Engagement in der Stadtteilarbeit hatte man bislang nur für die eine oder andere Aktivität singuläre Zuwendungen bekommen können. Nun ist es geglückt, im Haushalt eine kleine Sockelfinanzierung zu platzieren, die anteilig gespeist wird aus Stiftungsgeldern und aus Corporate Volunteering. Unternehmen übernehmen dabei für zwei bis drei Jahre Stadtteilpatenschaften und verpflichten sich aktiv im Stadtteil zu werden.

Dass Corporate Social Responsibility ein hervorragendes Beispiel für städtische Rahmenbedingungen sei, aber nicht unbedingt übertragbar auf die ländliche Region, betonte im Anschluss Heike Syma aus Wunsiedel. Trotz aller Bemühungen sind Unternehmen für langfristige Projekte schwer auffindbar. Passgenau sei es nur dann, wenn ein Projekt gerade in die Firmenphilosophie fällt. In Zukunft müssten auch Arbeitgeber umdenken, denn jeder Kinderbetreuungsplatz und auch Angebote für die Sicherung der Daseinsvorsorge der älteren Bevölkerung erhöht die Attraktivität der Kommune und den Wirtschaftsstandort und betrifft sie somit unmittelbar.

Resümee: Was brauchen Mehrgenerationenhäuser in der Zukunft?

Aus Sicht des ersten Bürgermeisters aus Wunsiedel sind Mehrgenerationenhäuser immer niedrigschwellige Anlaufstellen im Sozialraum. Hier findet man zudem Ansprechpartner, die einen dahin navigieren, wo man sich einbringen kann. Aus seiner Sicht ist das bürgerschaftliche Engagement eine Daueraufgabe für die Kommune, ohne die sie nicht auskommen kann. Die Mehrgenerationenhäuser brauchen aber, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, Nachhaltigkeit, auch und vor allem finanzielle Nachhaltigkeit. Aktuell wird der Haushalt von 2013/2014 in Wunsiedel diskutiert und der Bürgermeister setzt sich dafür ein, dass das Mehrgenerationenhaus als feste Kostenstelle eingeplant wird. Aus seiner Sicht liegt die Zukunft in den Mehrgenerationenhäusern.

In der Arbeit am Profil, dem Herstellen einer Passgenauigkeit und der Implementierung eines Finanzierungsmixes sieht die Vertreterin von Augsburg die zukünftigen Aufgaben für die Fortführung der Mehrgenerationenhäuser. Allerdings werden hier auch die Grenzen deutlich, denn eine Infrastrukturförderung ist ein Seiltanz, da man dafür alle Akteure finanziell beteiligen und den Ansatz strukturell verankern müsste. Um aber das generationenübergreifende Arbeiten strukturell zu verankern, wird dies in diese Richtung gehen müssen.

Für Johannes Bischof von der LAG FW sind die Mehrgenerationenhäuser im Sozialraum ein guter Nährboden für Initiativen, gekoppelt mit ihrer hohen Wertschätzungskultur. Um dies alles nachhaltig weiter implementieren zu können, ist eine dauerhafte Finanzierung die Grundlage. Gesellungsorte wie die Mehrgenerationenhäuser hält man in ihrer Effizienz nicht durch Denken im Drei-Jahres-Rhythmus am Laufen, sondern nur durch Denken und Handeln im 30-Jahre-Rhythmus.

Abschlussrunde mit Vertretern der Ministerien, der kommunalen Spitzenverbände in Bayern und der Veranstalter

Zusammenspiel der Infrastrukturangebote auf regionaler Ebene

Moderation:

Annemarie Gerzer-Sass, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Teilnehmer:

Gudrun Scheithauer, Referatsleiterin des Referats Generationenbeziehungen, Mehrgenerationenhäuser im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Dr. Maren Poeck, Referentin in der Abteilung Generationenpolitik, Lebensbedingungen in den Regionen im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (StMAS)

Reiner Pröbß, Berufsmäßiger Stadtrat der Stadt Nürnberg für Jugend, Familie und Soziales, Vorsitzender des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetages

Dr. Klaus Schulenburg, Abteilungsleiter im Bayerischen Landkreistag

Gerhard Dix, Referatsleiter des Referats Bildung und Soziales im Bayerischer Gemeindetag

Wilfried Mück, Verwaltungsdirektor des Landes-Caritasverband Bayern e.V., Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement in Bayern

Protokoll:

Ruth Burchard, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Annemarie Gerzer-Sass, Serviceagentur im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser

Frage an Herrn Gerhard Dix und Herrn Dr. Klaus Schulenburg:

Vor welchen Herausforderungen stehen Gemeinden in Bayern, deren demographische Entwicklung regional so unterschiedlich verläuft? Sind die bisherigen planerischen Instrumente ausreichend dafür, um die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen, Familien, Senioren nicht nur zu ermitteln, sondern auch aufeinander zu beziehen? Oder braucht es neue Formen von Instrumenten, wie z. B. eine integrierte Sozialplanung?

Antwort Herr Gerhard Dix:

Alle hier Anwesenden sind offen für neue Entwicklungen und strategischen Umsetzungen. Der demografische Wandel zeigt sich bereits in vielen Gemeinden. Seit sieben Jahren erst wird man sozialraumplanerisch tätig, denn jetzt erst hat man begriffen, dass sich diese durch und durch bayerische Landschaft wandelt und man Infrastrukturen schaffen muss. Der Begriff Dorfplatz wie auch Marktplatz ist dabei von zentraler Bedeutung, wie man ihn auch bei der letzten Ausschreibung des StMAS „Markplatz der Generationen“ verwendet hat. Betrachtet man allein im StMAS die vielen Projekte, die sich um das Thema gruppieren, muss man bei den regional unterschiedlichen Strukturen genau hinschauen was man braucht. Der generationenübergreifende Ansatz ist sicher so zentral, dass es nun darum geht, jenseits der anwesenden Bürgermeister die Vielzahl der weiteren Mitglieder im Gemeindetag zu erreichen und zu motivieren. Die Einsicht in die Sinnhaftigkeit der Arbeit der Mehrgenerationenhäuser ist vorhanden.

Antwort Herr Dr. Klaus Schulenburg:

Die Landkreise sind mit den Gemeinden auf dem Weg, intergenerative Ansätze zu sehen. Damit sind aus Sicht des Landkreises die Fragen verbunden, wie sich der Sozialraum darstellt, was vielleicht an Doppelstruktur vorhanden ist. Wo brauche ich entsprechende Strukturen vor Ort? Hier braucht es Ressourcen für die Planung, die insbesondere auch in Richtung einer integrierten Sozialplanung gehen. Die Mehrgenerationenhäuser zeigen durch ihren intergenerativen Ansatz den Weg.

Frage an Frau Gudrun Scheithauer:

Wie kann der Bund diesen Prozess noch unterstützen, was erhofft sich der Bund nach Ablauf der Modellzeit?

Antwort Frau Gudrun Scheithauer:

Der Bund kann Entwicklungen auf der lokalen Ebene lediglich anstoßen, aber Einrichtungen nicht dauerhaft fördern. Hier liegen die Kompetenzen auf der Ebene der Länder und Kommunen. Die Modellphase dient dazu aufzuzeigen, ob diese konzeptionellen Ansätze erfolgreich umsetzbar sind und nach Auslaufen der Bundesförderung weiter bestehen oder sogar ausgebaut werden können. Die Länder hatten in den vergangenen Jahren immer wieder die nach ihrer Wahrnehmung unzureichende Einbindung in den Start des ersten Aktionsprogramms kritisiert. Den Wunsch nach stärkerer Beteiligung haben wir für das Aktionsprogramm II aufgegriffen und den Dialog mit den Bundesländern und den Kommunalen Spitzenverbänden intensiviert. Wir haben alle Länder eingeladen, in der programmbegleitenden Kooperationsgruppe mitzuwirken. Wir setzen darauf, dass die Länder mit Blick auf die Mehrgenerationenhäuser mit dem Bund und den anderen maßgeblichen Akteuren, insbesondere den Wohlfahrtsverbänden, an einem Strang ziehen werden, um den Mehrgenerationenhäusern eine Zukunftsperspektive zu geben. Einige Bundesländer sind schon aktiv geworden und beteiligen sich an der Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser im Aktionsprogramm II, z.B. Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und auch im Freistaat Bayern. Bayern versucht, im Sinne der nachhaltigen Finanzierung neue Wege zu gehen, und hat eine vielversprechende Stiftungsinitiative zur Förderung der Mehrgenerationenhäuser auf den Weg gebracht. Gebraucht werden Menschen, die vom generationenübergreifenden Ansatz der Mehrgenerationenhäuser überzeugt sind und sich von deren zielgruppen- und sektorübergreifender Arbeit begeistern lassen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels können mit dem Aktionsprogramm wichtige und notwendige Entwicklungen angestoßen und der generationenübergreifende Ansatz auch – über die Mehrgenerationenhäuser hinaus - in die vorhandenen Strukturen implementiert werden. Davon möchten wir in den nächsten beiden Jahren möglichst viele Entscheidungsträger überzeugen.

Frage an Frau Dr. Maren Poeck:

Wie kann das Land diesen Prozess noch unterstützen?

Antwort Frau Maren Poeck:

Für das StMAS ist der generationenübergreifende Ansatz ein Zukunftsmodell. Das StMAS unterstützt die bayerischen Kommunen bei der nachhaltigen Sicherung der Mehrgenerationenhäuser in mehrfacher Weise.

Das StMAS wird in Kürze eine entsprechende Richtlinie erlassen. Laufzeit 2012-2014. Zuwendungsempfänger sind Städte, Gemeinden und Landkreise, die in den Jahren 2012 bis

2014 im Rahmen des Aktionsprogramms MGH II für ein Mehrgenerationenhaus in Bayern eine Kofinanzierung in Höhe von jährlich 10.000 Euro leisten. Erstattungsbetrag 5.000 Euro jährlich. Unterstützt werden Kommunen, die entweder finanzschwach sind oder vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen.

Wie bereits von Herrn Scheller und Frau Scheithauer erwähnt wird das StMAS im Herbst 2012 zwei Impulsveranstaltungen zur Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen der bayerischen Mehrgenerationenhäuser abhalten. Das StMAS wird hierbei durch die LAGÖF unterstützt. Zudem hat das StMAS mit vielfältiger Unterstützung gute Beispiele der generationenübergreifenden Arbeit in Bayern auf den Internetseiten www.generationenprojekte.bayern.de veröffentlicht. Es handelt sich um Beispielsprojekte mit Vorbildcharakter, die den Aufbau weiterer generationenübergreifender Strukturen und Angebote in Bayern befördern sollen..

Frage an Herrn Wilfried Mück:

Wie gehen die Wohlfahrtsverbände mit dem generationenübergreifenden Ansatz und insbesondere auch durch die verstärkte Einbeziehung von Freiwillig Engagierten um? Wird der generationenübergreifende Ansatz bei den Trägern stärker verankert?

Antwort Herr Wilfried Mück:

Die etablierten Wohlfahrtsverbände haben in letzter Zeit viel Kritik einstecken müssen, dass sie sich zu wenig an die veränderten Herausforderungen anpassen. Die Idee der Mehrgenerationenhäuser ist nicht neu, schon 1995 hat man versucht, Kindergärten und Altenheime miteinander in Austausch zu bringen und gemeinsame Aktionen zu starten. Daran zeigt sich, dass gerade Wohlfahrtsverbände diesem Ansatz gegenüber offen sind. Die Frage ist nur, wie dies etabliert werden kann. Die Beispiele aus der Schweiz zeigen, dass ein Quartiersmanagement, das dafür notwendig wäre, in etablierten Diensten sich schwer integrieren lässt. Andererseits sehen wir auch, dass das bürgerschaftliche Engagement für intergenerative Projekte sehr groß ist. Man möchte als freiwillig Aktiver den Austausch der Generationen, das belebt und macht Freude. Allerdings können beim Thema Pflege mit Stufe eins, zwei oder drei die Anforderungen nicht mit bürgerschaftlichen Engagement abgedeckt werden. Man braucht Ergänzungen, auch niedrigschwelliger Art in Kombination mit den Fachdiensten.

Frage an Herrn Dr. Thomas Rübke:

Die gesellschaftliche Debatte über das bürgerschaftliche Engagement zeigt, dass für den gesellschaftlichen Zusammenhalt das Engagement immer wichtiger wird. Wird dieses Engagement in Mehrgenerationenhäusern - wir sprechen im Aktionsprogramm vom Freiwilligen Engagement - mit dem generationenübergreifende Ansatz die Landschaft des bürgerschaftlichen Engagements verändern?

Antwort Herr Thomas Rübke:

Das Bürgerschaftliche Engagement braucht Rahmenbedingungen und die zentrale Frage ist, wie können für diese Rahmenbedingungen Verbesserungen erreicht werden. Durch unsere jahrelange Erfahrung in Bayern haben wir feststellen müssen, dass allein das Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement dafür nicht ausreicht. Man muss die Vernetzung der Einrichtungen, der Träger und Förderer voranbringen.

Trotz der kritischen Stimmen gegenüber der Rolle des Bundes, die hier geäußert worden sind, sind viele Initiativen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements durch Bundesprogramme entstanden. In diesen Programmen erwirbt man die strukturellen Kompetenzen,

die mit helfen, auch weiterhin darin aktiv zu sein. Frau Scheithauer hat dies „Anregungs-kompetenz“ des Bundes genannt, und die wurde zweifellos erfüllt.

Aber nun geht es um Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit und da müssen alle involvierten Partner gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass wir derzeit keine neuen Modellprogramme und Anregungsinitiativen brauchen, sondern das Geschaffene und durchaus Bewährte sichern müssen. Überleben werden die geschaffenen Infrastrukturen nur, wenn sie sich vor Ort „einwurzeln“. „Top down“ und „bottom up“ müssen sich ergänzen.

Als Zukunftsaufgabe ist am Beispiel der Mehrgenerationenhäuser zu sehen, dass kommunales Engagement mit der Analyse der Sozialräume und der Zielgruppen unter Einbezug der vorhandenen Institutionen, zum Beispiel der Kitas oder Schulen, der Seniorenheime oder Familienbildungsstätten, zusammengebracht werden muss. Dies muss dialogisch in lokalen Netzwerken geschehen. Das Feld des Engagements ist mittlerweile sehr bunt geworden, aufgrund der Genese von Projekten ist es sehr unterschiedlich gewachsen. Es ist notwendig, vor Ort die unterschiedlich geförderten Strukturen zusammenzuführen. Daher würde sich anbieten, dass die Förderlogik umdreht wird. Die Bedarfe werden unten ermittelt und dann nach oben getragen. Bund und Länder geben dauerhafte Kofinanzierungen, wenn die lokalen Konzepte überzeugen. Dass dies funktioniert, hat man bei dem Dorferneuerungsprogramm in vielen Bundesländern oder auch an den LEADER-Programmen der EU gesehen. Diese folgen dem Governance-Gedanken. Erst wird der Prozess der Bedarfsermittlung von unten in Gang gesetzt und zum Beispiel mit Moderatoren unterstützt. Erst danach gibt es dann Förderungen.

Frage an Herrn Reiner Pröiß:

Die Anforderungen an die Kommunen steigen, wie auch die Thementische gezeigt haben. Wie kann der Ansatz der Mehrgenerationenhäuser als Mehrwert für die Kommune gesehen werden und nicht als weiterer Belastungsfaktor?

Antwort Herr Reiner Pröiß:

Zentral für die Kommune ist die Frage, wie man das Zusammenleben der Bürger und Bürgerinnen so organisiert, dass ihre Grundbedürfnisse erfüllt werden können - das schließt auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten mit ein. Da es unterschiedliche Interessenslagen gibt, müssen diese berücksichtigt und ausgehandelt werden - ganz im Sinne des demokratischen Aushandlungsprozesses. Dies betrifft auch gewachsene Strukturen in einer Kommune, die bei entsprechenden Angeboten von Mehrgenerationenhäusern mit berücksichtigt werden müssen. Das bedeutet, keine Konkurrenz sondern Ergänzung von Angeboten. Die zentralen Themen für die Kommunen sind, Antworten auf die drei „As“: Aufwachsen, Armut, Älterwerden zu finden und diese Antworten müssen als subsidiäre Gemeinde entwickelt und gefunden werden. Hier können sich die Mehrgenerationenhäuser mit einbringen.